

**Elke Fein/ Sven Matzke**

**Zivilgesellschaft**

Konzept und Bedeutung für die  
Transformationen in Osteuropa

**7** /1997

**Osteuropa-Institut**

**der Freien Universität Berlin**

Arbeitspapiere des Bereichs Politik und Gesellschaft

---

**Elke Fein/ Sven Matzke**

**Zivilgesellschaft**

**Konzept und Bedeutung für die Transformationen  
in Osteuropa**

---

Heft 7/1997

2. Auflage

Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin  
Arbeitsbereich Politik und Gesellschaft  
(Hg.): Klaus Segbers

ISSN 1434 – 419X

1 EINLEITUNG	8
2.1 Klassisch-griechische Philosophie: politiké koinonia	10
2.2 Lateinische Übersetzung: societas civilis	11
2.3 Zwei Stränge neuzeitlichen Naturrechts	12
2.3.1 Thomas Hobbes: Auflösung der Synonymität von Staat und Gesellschaft	12
2.3.2 John Locke	13
2.4 Kant versus deutsche Romantik	14
2.4.1 Kant: "civitas sive societas civilis"	14
2.4.2 Romantische Verharrung im antiken Ideal	14
2.5 Von Hegel zu Marx	15
3 "REVIVAL" DER ZIVILGESELLSCHAFTS-DISKUSSION	16
3.1 Zivilgesellschaft bei Antonio Gramsci	18
3.2 Zivilgesellschaft als qualitative Weiterentwicklung einer kritischen Demokratietheorie	19
3.3 Zivilgesellschaft als Rückgriff auf die traditionelle Pluralismusdebatte	20
3.4 Christlich-kommunitaristische Zivilgesellschaft	21
3.5 Kritisch-emanzipatorische <i>Civil-Society-Theorien</i> und ihre Kritiker	22
4 ZIVILGESELLSCHAFT UND DIE TRANSFORMATIONSPROZESSE IN OSTMITTEL- UND OSTEUROPA	26
5 AUSFORMUNG UND FUNKTIONEN VON ZIVILGESELLSCHAFT IN AUTORITÄREN SYSTEMEN AM BEISPIEL POLENS	27
5.1 Etapen der (zivil-)gesellschaftlichen Entwicklung im realsozialistischen Polen	29

5.1.1 KOR und die ersten Schritte der gesellschaftlichen Selbstorganisation	29
5.1.2 Solidarność 1980/81 und die Mobilisierung der (Zivil-)Gesellschaft	30
5.1.3 Der Rückzug der (Zivil-)Gesellschaft in den Untergrund	31
5.2 Das "ethische Modell der Zivilgesellschaft"	32
5.3 Die Demobilisierung der polnischen (Zivil-)gesellschaft	33

6 CIVIL SOCIETY UND TRANSFORMATIONSFORSCHUNG	35
6.1 Allgemeine Grundlagen und Entstehungsbedingungen von Zivilgesellschaft	36
6.2 Zur möglichen Rolle einer Zivilgesellschaft in Transformations- prozessen	37
6.3 Zivilgesellschaft und Demokratie	38
6.3.1 Funktionen und positive Auswirkungen einer Zivilgesellschaft in einer bzw. auf die Demokratie	38
6.3.2 Zivilgesellschaft und die Konsolidierung der Demokratie in Trans-formationstexten	40
6.3.3 Mögliche von der Zivilgesellschaft ausgehende Gefahren für die Demokratie	44
6.4 Folgen für den Begriff der Zivilgesellschaft und die Zivilgesellschaftsforschung	45
6.4.1 Zivilgesellschaft als analytischer Begriff?	45
6.4.2 Zivilgesellschaft als wertneutraler Begriff?	46
7 CHANCEN DER ZIVILGESELLSCHAFT IN OSTEUROPA	47
7.1 Historische Voraussetzungen von Zivilgesellschaft in Osteuropa	47
7.2 Aktueller Stand und Defizite der Zivilgesellschafts-Entwicklung	49
7.3 Perspektiven von Zivilgesellschaften in Ostmitteleuropa und Rußland	49
7.4 Mögliche Strategien für den (Wieder-)Aufbau von Zivilgesellschaften	52
8 FAZIT UND AUSBLICK	53
7 LITERATURVERZEICHNIS	56



# 1 Einleitung

„The peaceful revolutions of 1989 in Central and Eastern Europe were carried out in the name of "civil" society, and the word "citizen" was one of the most frequently used terms in the public discourse of that time. (...) Today, just a few years later, talk of "civil society" is no longer much heard in the streets, and the idea seems to have gone back whence it came, to discussions held among intellectuals on the changing shape of postcommunist countries. The remarkable rise and fall of the concept of civil society is itself worth examining.“<sup>1</sup>

Der Begriff der "Zivilgesellschaft" hat in der vergangenen Dekade eine außergewöhnliche Entwicklung erfahren. Nachdem bereits in den achtziger Jahren innerhalb der Sozialwissenschaften seine Renaissance zu beobachten war, erlebte die "Zivilgesellschaft" nach 1989 in Ost- und Westeuropa wie in Nordamerika eine wahre Hochkonjunktur. "Außerhalb des akademischen Bereichs hat das Wort Zivilgesellschaft geradezu Flügel bekommen... (es ist) zu einem rhetorischen Passepartout mit allen Attributen einer kulturellen Mode geworden, gegen die auch die ghostwriter von Politikerreden nicht immun sind."<sup>2</sup>

Auslöser des "Revivals" der Debatte um die Zivilgesellschaft waren die Transformations- und Übergangsprozesse von autoritären zu demokratischen Systemen in Lateinamerika und Südeuropa, später auch die gesellschaftlichen Veränderungen und beginnenden Reformen innerhalb der bis dahin als homogener Block angesehenen sozialistischen Systeme. Als die demokratische Euphorie, die insbesondere die Welle der Demokratisierung in Osteuropa nach 1989 hervorgerufen hatte, dann verstoben war, kehrte der Begriff wieder dorthin zurück, woher er gekommen war: Die Zivilgesellschaft wurde erneut zum Gegenstand eines von Intellektuellen und Sozialwissenschaftlern getragenen Diskurses.

Doch wäre es falsch, hieraus auf eine terminologische Einheitlichkeit zu schließen. Der wissenschaftliche Begriff der Zivilgesellschaft ist nicht einfach durch Definitionen zu erschließen. In der kontrovers geführten Civil Society-Debatte stellt er sich vielmehr als Chiffre für einen umfangreichen Komplex von begriffsgeschichtlichen, politiktheoretischen und politischen Motiven dar.<sup>3</sup> Eine terminologische Einheitlichkeit ist schon historisch nicht gegeben. Daher setzt eine wissenschaftlich sinnvolle Beschäftigung mit dem Konzept der Zivilgesellschaft und dessen Verwendung als Analyseebene eine vorherige Klärung der unterschiedlichen, in sich verwickelten Konnotationsstränge voraus.

In jüngster Zeit sind verschiedene Autoren bemüht, eine Verknüpfung von Zivilgesellschaft bzw. "Zivilgesellschaftsforschung"<sup>4</sup> mit der Transformationsforschung vorzunehmen.<sup>5</sup>

Das diese Arbeit leitende Interesse ist, die Leistungsfähigkeit des Konzeptes der Zivilgesellschaft als Analyseinstrument für die Untersuchung politischer und gesellschaftlicher

---

<sup>1</sup> Smolar 1996, 24.

<sup>2</sup> Heins 1992, 235.

<sup>3</sup> Der Bedeutung des englischen Begriffs der '*civil society*' kommt im Deutschen am besten der Begriff 'Zivilgesellschaft' nahe. 'Bürgerliche Gesellschaft' rekuriert allzu sehr auf 'Wirtschaftsgemeinschaft'. Für den Zweck dieser Arbeit werden wir deshalb in der Regel den Begriff Zivilgesellschaft verwenden.

<sup>4</sup> Das Vorhandensein einer solchen Forschungsrichtung wird von Kyu-Young Lee behauptet. Lee 1994, 48.

<sup>5</sup> So etwa Schmitter 1993, Lee 1994, Bernhard 1996, Lauth; Merkel 1997.



Transformationsprozesse in den postkommunistischen Gesellschaften Osteuropas zu ermitteln. Folgende Fragen sind dabei zu klären :

- Liegt der Diskussion um die Zivilgesellschaft ein schlüssiges theoretisches Konzept zugrunde?
- Wie ist die Rolle von Zivilgesellschaften innerhalb der osteuropäischen Transformationsprozesse zu bewerten?
- Stellt "das" Konzept der Zivilgesellschaft eine Bereicherung der Transformationsforschung dar, wenn ja, worin besteht diese konkret?
- Wie sind zivilgesellschaftlicher Entwicklungsstand und zukünftige Potentiale in Mittelost- und Osteuropa einzuschätzen?

Voraussetzung für die Beantwortung dieser Fragestellungen ist die Klärung bzw. Vergegenwärtigung der jeweils zugrundegelegten Bedeutungsvarianten und ihrer Implikationen.

Die theoretischen und begrifflichen Grundlagen sollen im ersten Teil eingehender betrachtet werden, und zwar einerseits durch einen Exkurs zur Begriffsgeschichte und andererseits durch einen Blick auf neuere Versuche theoretischer Weiterentwicklung des Zivilgesellschaftsbegriffes bzw. der Aufstellung einer "Theorie der Zivilgesellschaft". Diese westliche Theoriediskussion nimmt nicht unbedingt auf osteuropäische Entwicklungen Bezug.

Der zweite Hauptteil wendet sich dann dem Komplex Zivilgesellschaft und Transformation in Mittel- und Osteuropa zu. Er zeichnet zunächst die Entwicklung der Begriffskonnotation im Kontext der "samtenen Revolutionen" nach, untersucht sodann empirische, analytische und methodische Probleme der zivilgesellschaftlichen Transformationsforschung und wirft schließlich einen Blick auf aktuelle Chancen und Perspektiven der Ausbildung von Zivilgesellschaften in den Transformationsländern.

"Phrases involving the resurrection, reemergence, rebirth, reconstruction or renaissance of civil society are heard repeatedly today. These terms, indicating the continuity of an emerging political paradigm with essential trends of early modernity, are misleading..."<sup>6</sup>

## 2 Begriffsgeschichte Zivilgesellschaft

Bei der Suche nach den Ursprüngen des Begriffs Zivilgesellschaft (auch bürgerliche oder Bürgergesellschaft) und des Wandels seiner Bedeutung lassen sich verschiedene Etappen ausmachen.

### 2.1 Klassisch-griechische Philosophie: politiké koinonia

Am Anfang steht die auf Aristoteles zurückgehende Tradition der europäischen politischen Philosophie, die den bis ins 18. Jahrhundert hinein gültigen Sprachgebrauch prägte. Seiner geschichtlichen Herkunft nach ist 'bürgerliche Gesellschaft' die wörtliche Übersetzung des griechischen 'politiké koinonia', bzw. von dessen Übertragung ins Lateinische als 'societas civilis'. Obwohl es auch bei Platon schon ähnliche Wendungen gab, ist Manfred Riedel zufolge "vor Aristoteles eine terminologische Fixierung des Ausdrucks nirgends nachweisbar. Aristoteles scheint damit eine Redeweise aufgegriffen zu haben, die in der damaligen Umgangssprache als gelegentliche Bezeichnung für die Polis bereits vorhanden war und in der von ihm ausgebildeten Sprache der politischen Philosophie wissenschaftlich 'normiert' wurde." Unter den unter Menschen bestehenden "Gesellungsformen" sei die Polis als "bürgerliche" bzw. "politische Gesellschaft" die "wahrhaft unabhängige und die alle anderen beherrschende"<sup>7</sup>.

"Da wir sehen, daß jeder Staat eine Gemeinschaft darstellt und jede Gemeinschaft um eines bestimmten Gutes willen besteht - denn eines Guten wegen, das eben ein solches zu sein scheint, tun alle alles -, ist es klar, daß alle Gemeinschaften nach einem Gut trachten, am meisten aber und zwar nach dem entscheidendsten unter allen Gütern die Gemeinschaft, die von allen die entscheidendste ist und alle anderen Gemeinschaften umspannt. Diese aber ist der sogenannte Staat und die staatsbürgerliche Gemeinschaft. (...) Jeder Staat existiert von Natur aus (...), denn der Staat ist das Ziel jener Gemeinschaften, die Natur jedoch bedeutet Ziel. (...) Daraus geht nun klar hervor, daß (...) der Mensch von Natur aus ein staatsbezogenes Lebewesen ist (zoon politikon)."<sup>8</sup>

Aristoteles zufolge ist die Polis ihrem Wesen nach also eine Gemeinschaft von Bürgern, die zum Zwecke der Verwirklichung des guten, d.h. tugendhaften und glücklichen Lebens miteinander vereinigt sind. Die bürgerliche Gesellschaft oder Gemeinschaft ist mit dem Staat identisch.

Diese begriffliche Normierung beruht in der aristotelischen politischen Philosophie im wesentlichen auf zwei Unterscheidungen, der Abgrenzung der bürgerlichen von der häuslichen Gemeinschaft, sowie der Klassifizierung der Polisbewohner in Freie (Bürger) und Unfreie (Nicht-Bürger). Beide sind später vielfach Gegenstand von Kritik geworden. Das Funktionieren der Polis setzt voraus, daß die bloße Erhaltung der Individuen, die Befriedigung der Bedürfnisse und Notwendigkeiten ihres Lebens bereits gesichert ist. Das

---

<sup>6</sup> Arato; Cohen 1992, 29.

<sup>7</sup> Riedel 1975, 722.

<sup>8</sup> Aristoteles 1989, 74-78.

Problem der Sicherung und Befriedigung der Grundbedürfnisse ordnet Aristoteles der häuslichen Sphäre (oikos) zu. Die Ökonomik als Lehre von der häuslichen Gesellschaft "berührt sich mit der Politik - der Lehre von der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer politischen Verfassung - nur insoweit, als der Bürger zugleich Hausherr ist. In dieser Doppelfunktion erscheint der Oikos als der Bereich des 'Privaten', der von dem, was allen Bürgern gemeinsam ist, der Polis, ausgeschlossen bleibt. Der Bürger (...) kann nur deshalb Bürger sein, weil er, das Private beherrschend, als Oikodespot der Sphäre der Arbeit und der ökonomischen Produktion enthoben ist." Die bürgerliche Gesellschaft erhält demnach ihren spezifischen normativen Sinn als "Vergemeinschaftung von Freien und Gleichen, die nicht auf Gewalt und Unterdrückung, sondern auf Prinzipien des Rechts beruht" (ebd.). Dem widerspricht nicht die Prämisse, daß die auf dem Recht der Freien und Gleichen begründete bürgerliche Gesellschaft selbst noch auf (nach heutigen Maßstäben) ungerechter Herrschaft in der häuslichen Gesellschaft beruhte<sup>9</sup>.

## 2.2 Lateinische Übersetzung: *societas civilis*

Die lateinische Begriffstradition begann eigentlich erst durch die mittelalterliche Aristoteles-Rezeption mit Wilhelm von Moerbekes Übersetzung der "Politik" (1261). Dieser verwandte durchweg die Begriffe "communitas" bzw. "communication civilis", die allerdings später durch "societas politica", "societas publica" oder "societas civilis" aus der Übersetzung Leonardo Brunis (1438) abgelöst wurden. Interessant ist hier der synonyme Gebrauch von 'societas' und 'communitas' einerseits und von 'civilis' und 'politicus' andererseits. Auch dem Mittelalter war also die Differenz oder gar der Gegensatz von Staat (civitas, res publica) und Gesellschaft (societas, societas civilis, populus) noch völlig unbekannt. Dies gilt auch für den "wenig später postulierten Gegensatz zwischen Gesellschaft (societas) und Gemeinschaft (communitas) bzw. 'Genossenschaft'". Einander entgegengesetzt wurden von der Scholastik lediglich die menschlich-bürgerliche Gesellschaft als "weltliche" und die menschliches Recht transzendierende "überweltliche" Gemeinschaft in und mit Gott (communitas divina, vgl. auch Augustinus: 'civitas terrena' und 'civitas Dei'). Auch für die mittelalterliche Schulphilosophie stimmten Politik und Naturrecht noch miteinander überein:

"Das Naturrecht hält (...) an der klassisch-politischen Synonymitätsformel fest; der Sinn von 'bürgerlicher Gesellschaft' ist der traditionell-politische, die Identität mit dem 'Staat'. In ihrer Artikulierung sind die Wendungen: 'civitas', 'societas' bzw. 'societas civilis', 'populus' und 'res publica' austauschbar."<sup>10</sup>

Riedel zufolge sahen auch die Reformatoren die Gesellschaftsstruktur als unwandelbar und naturgegeben an:

Luther: "Also sagt Psalm 127, das auff erden allein zwey leiblich regiment sind, Stad und Haus. (...) Das erst ist Haushalten, daraus komen Leute. Das ander ist Stad regirn, das ist Land, leute, Fürsten und Herrn (das wir die weltliche Oberkeit heissen). (...) Darnach kömpt

---

<sup>9</sup> Riedel 1975, 722f.

<sup>10</sup> Ebd., 737.

das dritte, Gottes eigen Haus und Stad, das ist die Kirche, die mus aus dem hause Personen, aus der Stad schutz und Schirm haben."<sup>11</sup>

## 2.3 Zwei Stränge neuzeitlichen Naturrechts

Nach der Reformation und mit dem Aufkommen eines nicht-teleologischen Naturbegriffs wandelte sich das hergebrachte Verständnis der geschichtlichen Welt und die Vorstellung der bisher als einheitlich und unwandelbar gedachten bürgerlichen Gesellschaft. Eine Relativierung der scholastischen Begriffe durch Geschichtsphilosophie und Gesellschaftstheorie bahnte sich an. "Die vormals einheitliche Theorie der Politik brach in zwei Teile auseinander, deren einer vorzugsweise die Lehre von der höchsten Gewalt oder 'Souveränität' war, während der andere die politischen Begriffe aus den Grundsätzen des Naturrechts ableitete."<sup>12</sup>

### 2.3.1 Thomas Hobbes: Auflösung der Synonymität von Staat und Gesellschaft

Was Riedel nicht berücksichtigt, aber sowohl bei Augustinus als auch in Luthers Begriff von den "Zwei Regimentern" schon deutlich anklang: Schon in der lateinischen Christenheit des Frühmittelalters entstand die Idee von der Kirche als einer selbständigen Gesellschaft und daraus folgend "der Gedanke, daß die Gesellschaft nicht identisch ist mit ihrer politischen Organisation. (...) Im Gegensatz zu den antiken Konzeptionen entwickelte sich nun die Vorstellung von einer Gesellschaft, in der die politische Autorität nur ein Organ neben anderen war."<sup>13</sup>

Mit den Vertragstheoretikern begann sich die Sphäre des Staates zu verselbständigen. Bei Bodin noch korporative Einigung freier Hausväter erhielt die bürgerliche Gesellschaft besonders bei Thomas Hobbes als klassischem Verfechter eines "starken Staates" erst durch die höchste Gewalt ihre politische Organisationsform. In der Vorstellung von Hobbes und anderen Vertragstheoretikern "muß eine Gesellschaft, um überhaupt existieren zu können, von einer souveränen Macht zusammengehalten werden". Der Einzelne ist dabei als "Individuum" aus der vormals als natürlich gedachten gemeinschaftlichen Einbettung entlassen. Gesellschaften entstehen gleichsam per Zufall, aus utilitaristischen Erwägungen heraus; Natur und Geschichte des Menschen treten auseinander." Taylor hierzu: "Mit anderen Worten, es kehrt die Identifizierung der Gesellschaft mit ihrer politischen Organisation wieder, und zwar in einer Form, die eindeutig den Despotismus begünstigt."<sup>14</sup>

Auf andere Weise begann sich die Sphäre des "Zivilen" bei Montesquieu weiter zu verselbständigen:

„Une société ne saurait subsister sans un gouvernement. La réunion de toutes les forces particulières forme ce qu'on appelle l'Etat Politique ... La réunion des ces volontés est ce qu'on appelle l'Etat Civil.“<sup>15</sup>

---

<sup>11</sup> Martin Luther, Von den Konziliis und Kirchen, zit. nach: Riedel 1975, 730.

<sup>12</sup> Riedel 1975, 733.

<sup>13</sup> Taylor 1991, 61f.

<sup>14</sup> Ebd., 63.

<sup>15</sup> Charles de Montesquieu, De l'Esprit des Lois, zit. nach Riedel 1975, 746.

Hier ist zum erstenmal die Dichotomie von bürgerlich-`civil` und `politisch` benannt, indem die Willensvereinigung von der Übertragung ihrer politischen Macht unterschieden wird. Hieraus entwickelte sich nun die Grundlage des modernen Staates: die Konzentration der politischen Macht in den Händen der (absolutistischen) Herrscher. Jedoch wird die Gesellschaft bei Montesquieu "nicht unabhängig von ihrer politischen Verfassung definiert. Im Gegenteil, die freie Gesellschaft wird mit einer bestimmten politischen Verfassung identifiziert."<sup>16</sup> Eine zentrale Rolle spielten darin neben der Gewaltenteilung die *corps intermédiaires*. "Die ursprünglich `bürgerliche`, d.h. selber politisch verfaßte Gesellschaft wurde demgegenüber zur `zivilen` Gesellschaft", dies als Gegensatz zu `militärisch` verstanden - in einer Zeit, "als der Staat das militärische Gewaltmonopol an sich zu ziehen begann".<sup>17</sup> Dabei trug die bürgerliche "Zivilsphäre" deutlich moralische Züge und war als "zivilisierte Gesellschaft" auf die Bildungsgesellschaft (die bessere Öffentlichkeit mit gewisser Umgangskultur) bezogen. Ausgeschlossen blieben nicht-privilegierte Schichten.

### 2.3.2 John Locke

Eine Weiterentwicklung des kontraktuellen Gedankens fand bei John Locke statt. Seine politische Philosophie beruht jedoch auf völlig anderen Grundlagen als die Hobbes: "Lockes Naturzustand ist nicht jener Schauplatz der Verwüstung, den Hobbes schildert". Stattdessen geht er von einer ursprünglichen, vorpolitischen menschlichen Gemeinschaft(lichkeit) aus, die Staat und Regierung vorausgehen. "Die Regierung kann zwar als oberste Gewalt definiert werden, steht aber in einer treuhänderischen Beziehung zur Gesellschaft."<sup>18</sup> Zur Grundlage der civil society wurde bei Locke das Eigentum als die durch des Menschen Arbeit veränderte Natur. Die primäre Sphäre sozialen Lebens ist die Ökonomie. Der Staat, das personale Gefüge wirtschaftender Bürger, "d.h. der freien, politisch handelnden Männer", ist bei ihm identisch mit der civil society ("Of Political or Civil Society")<sup>19</sup>.

Die Betonung des Eigentums als Bestimmungskategorie der Zugehörigkeit zur bürgerlichen Gesellschaft zieht sich auch durch die Verwendung des Begriffs im deutschen Sprachraum, wo er als wörtliche Übersetzung aus dem Lateinischen als "bürgerliche Gesellschaft" etwa ab Beginn des 18. Jahrhunderts Einzug hielt. Auch hier war noch "ziemlich genau der ältere Sinn des Begriffs" (Riedel) gemeint, nämlich "ein Personenverband, die politische Gemeinschaft der freien, verantwortlichen Männer (Hausherren oder Bürger)<sup>20</sup>. Dabei benannte das Wort `civitas` neben Staat/Reich auch die anderen Herrschaftsgebiete des Landes und Städte. Die an bürgerlichen Besitz gebundene Teilhabe an der Herrschaftsordnung und dem politischen Leben ist im römischen Privatrecht, das bezeichnenderweise `ius civilis` heißt, dogmatisiert.

Im Zuge des beginnenden ökonomischen, militärischen, rechtlichen und technischen Strukturwandels und der Entwicklung der Wissenschaften trat unter dem Einfluß englischer und französischer Wirtschaftstheorie und zunächst noch unter dem ethischen Vorzeichen der

---

<sup>16</sup> Taylor 1991, 66.

<sup>17</sup> Riedel 1975, 747.

<sup>18</sup> Taylor 1991, 65.

<sup>19</sup> Ebd.

<sup>20</sup> Riedel 1975, 739. Vgl. auch Leibniz: "eine natuerliche gemeinschaft, deren Glieder bisweilen beysammen wohnen in einer Stadt, bisweilen im Land ausgebreitet; ihr Absehen ist zeitliche (Glueckseligkeit) wohlfahrt", ebd..

Zivilisierung und des Fortschritts die Ökonomik verstärkt in die Sphäre des Bürgerlich-Zivilen ein.

Spätestens seit Adam Smith war bürgerliche Wohlfahrt nicht mehr identisch mit Regierungswissenschaft. Damit war das aristotelische Dogma, daß zwischen Ökonomik und Politik keine Beziehungen bestehen sollen, aufgelöst und der Begriff der bürgerlichen Gesellschaft jetzt zumindest zweideutig. Zunehmend verlagerte er sich direkt auf die Wirtschafts- und Eigentumsordnung. Mit der Auflösung der Synonymität von Staat und bürgerlicher Gesellschaft wurde der Begriff fortan als historisch angesehen.

## **2.4 Kant versus deutsche Romantik**

„Nach ihrer beginnenden Entpolitisierung muß die (politische) Bedeutung der bürgerlichen Gesellschaft jetzt terminologisch erst wieder vereinbart und festgelegt werden.“<sup>21</sup>

Auch in Deutschland können die beiden Interpretationsstränge weiterverfolgt werden.

### **2.4.1 Kant: "civitas sive societas civilis"**

Ähnlich wie Montesquieu formulierte hier Karl Heinrich Gros: "Eine Gesellschaft von Menschen, welche sich zum wechselseitigen Schutz ihrer Rechte vereinigt haben, heißt eine bürgerliche Gesellschaft. Eine Gesellschaft, welche zur Sicherung aller Rechte ihrer Mitglieder unter der Leitung einer öffentlichen, d.h. jede Privatgewalt überwiegenden Gewalt vereinigt ist, heißt ein Staat (civitas, res publica)".<sup>22</sup> Mit Kant entstand die Vorstellung der im bürgerlichen Status durch eine Rechtsordnung zur verfaßten Gesellschaft vereinigten vormals isolierten Individuen: "Die actuation des gemeinschaftlichen Willens ist die bürgerliche Gesellschaft." - Kant erhob sie zum "Rechtssubjekt der Geschichte". Die Konsequenz hieraus, daß nämlich "ein jeder durch den ganzen Willen nur regiert wird, sofern er seinen eigenen Willen mit der anderen ihrem verbunden hat" und daß "alles pactum, welches der Menschheit widerstreitet, a natura null und nichtig"<sup>23</sup> ist, ist Ausdruck einer zunehmenden begrifflichen Dichotomie zwischen der so verstandenen bürgerlichen und der 'staatsbürgerlichen' Gesellschaft. Diese wiederum bereitet den Boden für die politische Emanzipation der Gesellschaft vom Staat, das Recht der Gesellschaft, den Staat zu verlassen, den Bürgervertrag zu kündigen - die Überwindung des Staates durch die Gesellschaft. Die Entwicklung gipfelte in der Aufhebung der alten bürgerlichen Gesellschaft im Gegensatz von Staat und Gesellschaft der Französischen Revolution.

### **2.4.2 Romantische Verharrung im antiken Ideal**

Diese neue, emanzipatorische Bedeutung des Begriffs Bürgerliche Gesellschaft war der deutschen Romantik ein Grund, diesen weitgehend zu vermeiden, weshalb in Deutschland noch bis ins 19. Jahrhundert hinein das Modell des "schlanken Nachtwächterstaates" (Polizeistaat), der Obrigkeit, die die (bürgerliche) Gesellschaft in ihrem (wirtschaftlichen) Interesse gewähren ließ, vorherrschend blieb. Im auf die (wirtschaftliche) Wohlfahrt der Gesellschaft

---

<sup>21</sup> Ebd., 756.

<sup>22</sup> Ebd., 769.

<sup>23</sup> Ebd.

orientierten polizeistaatlichen Modell war die Differenzierung noch unreflektiert. John Keane zufolge war die alte Vorstellung von civil society in Deutschland insgesamt länger intakt, da aufgrund eines starken Glaubens an Reformen von oben zumindest bis zum Ende des 18. Jahrhunderts kein wahrer Grund zur Opposition zwischen Staat und Zivilgesellschaft bestanden habe - im Gegenteil eine unabhängige 'bürgerliche Gesellschaft' als "self-paralyzing and conflict producing"<sup>24</sup> angesehen wurde, die staatliche Kontrolle und Regulierung nötig und wünschbar erscheinen ließ.

## 2.5 Von Hegel zu Marx

Während Fichte angesichts dessen noch von einer "Verwirrung der Begriffe" sprach, machte Hegel ihr philosophisch wie terminologisch ein Ende. Angesichts der beobachteten sozioökonomischen Veränderungen verblaßte der alte Wortsinn nun gänzlich zugunsten einer Neubestimmung des Begriffs.

Wenn der Staat vorgestellt wird als eine Einheit verschiedener Personen, als eine Einheit, die nur Gemeinsamkeit ist, so ist damit nur die Bestimmung der bürgerlichen Gesellschaft gemeint. Viele der neueren Staatsrechtslehrer haben es zu keiner anderen Ansicht vom Staate bringen können.

Hegel schlug entgegen der Identitätsformel ein neues Verständnis vor, das der veränderten Stellung der bürgerlichen Gesellschaft (des Bürgertums!) in der modernen Welt besser gerecht werden sollte:

„Die bürgerliche Gesellschaft ist die Differenz, welche zwischen die Familie und den Staat tritt, wenn auch die Ausbildung derselben später als die des Staates erfolgt; denn als die Differenz setzt sie den Staat voraus, den sie als Selbständiges vor sich haben muß, um zu bestehen.“<sup>25</sup>

Bürgerliche Gesellschaft wird hier verstanden als "System der Bedürfnisse, der Arbeit und des Austauschs", d.h. als die Familienväter und wer von ihnen abhängt, während das alte - neu benannte - politische Phänomen der 'staatsbürgerlichen Gesellschaft' nur von den Vätern konstituiert wird: Zur 'staatsbürgerlichen Gesellschaft' „gehören nur die selbständigen, über ihr Besitztum frei verfügenden Familienväter etc., zur bürgerlichen Gesellschaft aber auch alle, welche von diesen Familienvätern dependieren. Diese ist also stets zahlreicher als die eigentlich politische Gesellschaft, letztere hat aber allein eine Meinung und Entscheidung, bildet gewissermaßen die Aristokratie der bürgerlichen Gesellschaft.“

Die bürgerliche Gesellschaft war nun als der "regierte Volkskörper" endgültig vom Staat getrennt. Hieran meldet sich alsbald Kritik an, die die soziale Wirklichkeit miteinbezieht:

„Ist aber der Begriff des Eigentümers von dem des Staatsbürgers unzertrennlich, so fällt auch der Grundsatz der politischen Gleichheit über den Haufen; denn es versteht sich alsdann von selbst, daß der größere Eigentümer auch einen größeren Anteil an der Gesetzgebung genießen muß als derjenige, der weniger oder nichts hat.“<sup>26</sup>

---

<sup>24</sup> Keane 1988 b, 37ff.

<sup>25</sup> Hegel, zit. nach Riedel 1975, 775.

<sup>26</sup> Krug 1818, 275; ursprünglich als Kritik an Rousseaus contrat social geäußert, "daß er die Mitglieder der bürgerlichen Gesellschaft nur als Menschen, aber gar nicht als Eigentümer betrachtet. Gleichwohl ist doch Sicherung des Eigentums der Hauptzweck dieser Gesellschaft ... "

Auf dieser Grundlage, d.h. durch die erneute, zunehmend als ungerecht empfundene Abgrenzung vom und Ausgrenzung des Pöbels ist die Umstellung des Begriffsverständnisses auf sozialgeschichtliche Voraussetzungen und Fundamente zu erklären. Von der staatsbürgerlichen Gesellschaft, die auf der Basis des privatisierten und an den öffentlichen Angelegenheiten wenig interessierten (Staats-)Bürgers (=bourgeois) funktionierte, wurde auf den Klassencharakter der bürgerlichen Gesellschaft insgesamt geschlossen. Damit war die Diskussion um die soziale Frage in vollem Gange.<sup>27</sup>

Die Behauptung vom Klassencharakter der Herrschaft in der bürgerlichen Gesellschaft war bekanntlich schon eine These von Karl Marx, dessen Theorien hier nicht weiter ausgeführt werden müssen. Wichtig festzuhalten bleiben abschließend zwei Konsequenzen dieser Bedeutungsverschiebung. Zum einen entstand durch die soziologische Betrachtung der neue Begriff Gesellschaft, der die entpolitisierte "bürgerliche Gesellschaft" verdrängte. Zum zweiten entwickelte Marx ein Modell, das zur Überwindung der sozialen Mißstände gerade in die umgekehrte Richtung zielt: nämlich auf eine Wiederannäherung von Staat und Gesellschaft, ja eine Verschmelzung beider in der klassenlosen Gesellschaft, in der der Staat alsbald überflüssig werden und absterben müsse.

Einer der prominentesten civil-society-Autoren des 19. Jahrhunderts, Alexis de Tocqueville, nahm in seiner Amerika-Studie von 1830 bereits das neuere Verständnis von civil society/Zivilgesellschaft vorweg, wenn er diese gegen Übergriffe des drohenden (selbstgewählten) staatlichen Despotismus zu schützen versuchte. Das beste "remedy" gegen derartige Bedrohungen sah Tocqueville in einem wachsamem "Auge der Gesellschaft" in Form von "civil associations".<sup>28</sup>

### 3 "Revival" der Zivilgesellschafts-Diskussion

„Present-day political models that use the concept of civil society not only contradict one another but are also relatively poor in categories. Furthermore, their links to a rich tradition of interpretation are not clear.“<sup>29</sup>

Im Folgenden soll zunächst nach der konzeptionellen Stärke des Zivilgesellschaft-Begriffs in der neueren Theoriediskussion gefragt werden. Die neueren Ansätze gehen nahezu ausschließlich von einer Dichotomie Staat - Zivilgesellschaft, ja z.T. von einem eklatanten Widerspruch zwischen bzw. Widerstand gegen den Staat als konstituierendes Element des Begriffs Zivilgesellschaft aus. Ebenso wenig wie eine allseits akzeptierte Definition gibt es aber eine genügend komplexe "Theorie der Zivilgesellschaft", was besonders Andrew Arato und Jean Cohen beklagen<sup>30</sup>. Stattdessen sind die theoretischen und methodischen Zugänge recht unterschiedlich. Zuweilen wird sogar explizit von "verschiedenen Typen" der Zivilgesellschaft gesprochen, die deskriptiv nebeneinandergestellt werden. An dieser Stelle besteht nur die Möglichkeit, die vorhandenen Diskussionsbeiträge in Form eines Überblicks zu präsentieren, bei dem angesichts der Fülle von Literatur allerdings eine gewisse Selektivität unvermeidbar ist.

---

<sup>27</sup> Vgl. hierzu Keane 1988 b, 50ff., der die Unterteilung der civil society in Stände und Klassen allerdings weniger negativ beurteilt.

<sup>28</sup> Ebd., 39f. und 53f., sowie de Tocqueville 1961.

<sup>29</sup> Arato; Cohen 1992, 83.

<sup>30</sup> Ebd., Vorwort.



„Faced with this plethora of confused meanings and conflicting usages, it seems necessary to attempt some careful distinctions. (...) The purpose of clarifying the currently confused and overlapping usages of the state - civil society distinction should be more modest: to develop an interpretative standpoint which can be of some utility in historical investigations, sociological inquiry, normative discussions and political action.“<sup>31</sup>

Beim Versuch, die Bandbreite der "interpretativen Standpunkte" innerhalb der Zivilgesellschafts-Diskussion zu strukturieren und systematisch zu ordnen, unterscheidet John Keane drei mögliche Verständnisse (understandings):

- A) *normative Ansätze*, die nach einem aus demokratietheoretischer Perspektive wünschbaren Verhältnis zwischen Staat und civil society suchen, nach dem optimalen Maß an "responsiveness" der Institutionen für "claims" der civil society und an staatlicher Regulierung des gesellschaftlichen Pluralismus;
- B) *political calculation-Ansätze* (politisch-strategische Absichten gesellschaftlicher Akteure, Politikberatung) und
- C) *analytische Ansätze* (historisch-empirische Analysen, Modernisierungsstudien, Transformationsforschung etc.).

Obwohl sich normative und empirische Momente oft stark vermischen bzw. vermischt werden (Keane: "these three approaches may - and usually do - crisscross and complement each other"<sup>32</sup>), wird die weitere Darstellung Keanes Unterscheidung folgen. Dabei deckt das zweite Kapitel vor allem normative Ansätze, das dritte exemplarisch das politisch-strategische Verständnis und das vierte grob die analytischen Ansätze ab.

Viele derjenigen Autoren, die sich in neuerer Zeit mit dem Thema Zivilgesellschaft beschäftigt haben, berufen sich empirisch wie normativ auf das Modell Tocquevilles. Als kleinster gemeinsamer Nenner soll hier jedoch die Definition von Michael Bernhard stehen. Danach ist Zivilgesellschaft

„... ein öffentlicher Raum, der 1. zwischen der staatlichen und der privaten Sphäre angesiedelt ist, von einer Vielzahl 2. autonomer und 3. vom Staat rechtlich getrennter Organisationen ausgefüllt wird und der 4. den Akteuren innerhalb dieses öffentlichen Raums individuelle und kollektive Freiheiten garantiert, die es ihnen ermöglichen, ihre Interessen zu verfolgen.“<sup>33</sup>

Die allermeisten "theoretischen Beiträge" zur Zivilgesellschaft sind wohl als "normativ" zu bezeichnen, da sie jeweils eine bestimmte Ausgestaltung des Staat-Zivilgesellschaft-Verhältnisses für "demokratisch geeignet" halten. Dies gilt, einer Unterscheidung von Charles Taylor folgend, sowohl für den an John Locke angelehnten liberalen Strang der Kontraktualisten, die die "bürgerliche Gesellschaft als dem Staat vorrangige außer-politische Realität" mit eigenen Gesetzen versteht, als auch für Montesquieu folgende Positionen, die die Art der Verflechtung beider reflektieren und weiter emanzipatorisch-kritische Theorien des linken Spektrums.<sup>34</sup>

---

<sup>31</sup> Keane 1988, Einleitung, 14ff.

<sup>32</sup> Ebd..

<sup>33</sup> Bernhard 1996.

<sup>34</sup> Vgl. Lauth; Merkel 1997, 15.

„If neither the universalization of state power nor the universalization of civil society is viable or desirable under contemporary conditions, then the preservation of the institutional distinction between state and civil society, its normative dimension becomes prominent. If the utopia of the abolition of state power is abandoned, and if state tyranny is to be avoided, troubling questions are raised concerning the desirable relationship between the state and civil society.“<sup>35</sup>

Die Spannweite reicht von Antonio Gramsci, der behauptet, "die Zielsetzung der zivilen Gesellschaft" sei eher aus dem Sozialismus hervorgegangen als aus der bürgerlichen Demokratie<sup>36</sup> über kommunitaristische Theoretiker bis zu Staatskritikern liberaler Provenienz. Tendenziell gilt "Zivilgesellschaft" vielfach als modernes Attribut von "Demokratie", von jedem für sich beansprucht, und ihre Weiterentwicklung dient oder ist gleichbedeutend mit "Demokratisierung", auch wenn dies - wie auch das je zugrundeliegende Demokratieverständnis - bisweilen unausgesprochen bleibt. Hier wird schon ersichtlich, daß unter diesen Umständen eine einvernehmliche Definition des Begriffs Zivilgesellschaft schwierig sein muß. Um dies zu verdeutlichen, seien eingangs nur zwei Beispiele skizziert: Gramsci als Exponent linker Gesellschaftskritik und Edward Shils mit einem "gemäßigeren" Programm.

### 3.1 Zivilgesellschaft bei Antonio Gramsci

In der Tradition der marxistischen Auffassung versuchte Antonio Gramsci, "to develop political strategies for *abolishing* the division between civil society and the state, which was viewed, negatively, as synonymous with 'capitalism'". Das klassisch-marxistische Verhältnis von Basis und Überbau wird bei Gramsci allerdings umgekehrt, und "ideologies become the primary agent of history and the institutions the secondary one." Zum ideologischen Movens der Geschichte wird die Zivilgesellschaft: "The sphere of civil society is considered as the one in which the transition from necessity to freedom takes place..."<sup>37</sup>, "a protracted 'war of position' for control over civil society would be the most effective way of politically undermining the domination of the bourgeoisie in its 'home territory' of the economy and the coercive state."<sup>38</sup> Die expandierende kapitalistische Gesellschaft bedrohe die "Autonomie, Assoziation und öffentliche Kommunikation der Individuen" mit einer Verstaatlichung der Politik.

Gramscis heutige Anhänger versuchen diese Idee über den Zusammenbruch der sozialistischen Systeme herüberzuretten: "Nach dem Ende des bisherigen Sozialismus stehen wir scheinbar paradoxerweise vor der Zivilgesellschaft. Die Utopie ist politikfähig geworden, aber das Subjekt muß sich erst noch konstituieren."<sup>39</sup> Der "Eintritt der Menschheit ins Zeitalter der Zivilgesellschaft nach dem Zusammenbruch des bisherigen Sozialismus" sei zwar durch die "Frage des Südens" noch illusorisch, in jedem Fall hätten gerade die sozialistischen und kommunistischen Bewegungen und Parteien maßgeblich dazu beigetragen, daß die Idee "zum politischen und politisch denkbaren Ziel" geworden sei. Sie hätten "den bisher größten Zivilisierungsschub der menschlichen Geschichte - abgesehen von

---

<sup>35</sup> Keane 1988 b, 25f.

<sup>36</sup> Hirschfeld; Mosbach; Rügemer (Hg.) 1990, 10.

<sup>37</sup> Vgl. Bobbio 1988, 88.

<sup>38</sup> Keane 1988 b, 23.

<sup>39</sup> Hirschfeld; Mosbach; Rügemer 1990.

den Hochreligionen und bürgerlichen Revolutionen - verursacht: zivile Selbstorganisation, allgemeines Wahlrecht, soziale Sicherung, die politische Denkbarekeit von Abrüstung und globalem Frieden, das Recht der unterentwickelten Länder auf Entwicklung und Befreiung"<sup>40</sup>.... - Mit anderen Worten, Zivilgesellschaft steht für alles Erstrebenswerte. Als Name einer Vision von einer besseren Welt wird der Begriff instrumentalisiert, unscharf und beliebig.

### **3.2 Zivilgesellschaft als qualitative Weiterentwicklung einer kritischen Demokratietheorie**

Kaum weniger idealistisch ist das Verständnis von Zivilgesellschaft, das in Weiterentwicklung kritischer Demokratietheorien entstanden ist. Im Zuge der Krise der realsozialistischen Gesellschaftssysteme in Osteuropa erfuhr das Konzept der Zivilgesellschaft im Westen eine neue Interpretation und avancierte in kurzer Zeit zum Zentralbegriff der linken Selbstverständigungsdebatte. Diese emphatische Variante der Zivilgesellschaft speiste sich aus Beiträgen der britischen und amerikanischen Neuen Linken (Arato, Cohen, Keane) und in Deutschland aus der zweiten und dritten Generation der Frankfurter Schule, die das Programm der Kritischen Theorie als Theorie der Zivilgesellschaft weiterführen wollten (Habermas, Dubiel, Frankenberg, Rödel).

Die Attraktivität des Konzeptes der Civil Society erklärt sich laut Arato <sup>41</sup> dadurch, daß es „einen höchst plausiblen Ersatz für die illusionären Revolutionsvorstellungen der Neuen Linken“ abgibt, die nun endgültig mit dem Etatismus und der Aura der Revolution gebrochen haben. Dementsprechend erheben Arato und Cohen die Zivilgesellschaft zum „Schlüsselbegriff einer neuen kritischen Theorie der zeitgenössischen Industriegesellschaft“, in welchem Elemente „radikaler Demokratie“ und des „Sozialismus“ als „Erbe“ bewahrt werden<sup>42</sup>. Die Möglichkeit einer unvermittelten Übernahme des von ost- und mitteleuropäischen Intellektuellen entwickelten gesellschaftskritischen Instrumentariums wird jedoch als fragwürdig angesehen, da selbiges allzu sehr an die Erfahrungen mit dem real existierenden Sozialismus gebunden sei.

Rödel, Frankenger und Dubiel haben mit ihrem Buch zur demokratischen Frage (1989) die Diskussion innerhalb der Demokratietheorie neu entfacht. Nach Überzeugung der Autoren kann den Krisensymptomen der ‚real existierenden westlichen Demokratien‘, die aus den Repräsentationsdefiziten eines neokorporativ überformten Systems erwachsen, nur mit mehr Demokratie begegnet werden. Die zentrale These des Buches lautet demnach, daß die angestrebte weitere Demokratisierung nur als eine schrittweise Erweiterung der zivilgesellschaftlichen Einflußsphäre denkbar ist. Folgt man dieser Annahme, so wird die Zivilgesellschaft zu einem normativen Konzept, das der liberalen Demokratie überhaupt erst ein moralisches und legitimatisches Fundament zu verleihen vermag.

Was wird in dieser Interpretation unter Zivilgesellschaft verstanden? Der Terminus umfaßt den nicht von Verwaltung, Staat und Ökonomie dominierten Teil des gesellschaftlichen

---

<sup>40</sup> Ebd.

<sup>41</sup> Arato 1990, 110.

<sup>42</sup> Arato 1989, 133.

Lebens, in dem sich „selbstorganisierte Aktivitäten und Assoziationen gegenüber dem Staat als Ort der Macht“ bilden.<sup>43</sup> Anders formuliert wird die Zivilgesellschaft über das Bild einer autonom handlungsfähigen Gesellschaft konzipiert, die sich aus aktiven und politisch partizipierenden Bürgern zusammensetzt, welche Macht über sich selbst ausüben und sich so ihre Gesellschaft selbst gestalten bzw. deren Geschichte bestimmen.<sup>44</sup> Die Funktion der Katalysatoren des gesellschaftlichen Protestes wird den sozialen Bewegungen angediehen, die gegen staatliche Institutionen rebellieren und so den Anspruch auf Selbstbestimmung bzw. Partizipation sichern sollen.

Das Konzept der Zivilgesellschaft hat ebenfalls in die aktualisierte Demokratietheorie bei Habermas Eingang gefunden. In dessen diskurstheoretischem Demokratiemodell wird die Zivilgesellschaft als „die gesellschaftliche Basis für eine vitale, zwischen Ökonomie und Staat fungierende öffentliche Kommunikation, in der sich die Staatsbürgerschaft bewähren soll“ aufgefaßt.<sup>45</sup> Den „institutionellen Kern“ der Zivilgesellschaft bilden „jene nicht-staatlichen und nicht-ökonomischen Zusammenschlüsse und Assoziationen auf freiwilliger Basis“.<sup>46</sup> Allerdings teilt Habermas nicht den Optimismus der oben genannten Autoren und warnt vor einer Überschätzung der Möglichkeiten, qua Zivilgesellschaft einen unmittelbaren Druck auf die Politik auszuüben. Denn zivilgesellschaftliche Vereinigungen wie „soziale Bewegungen, Bürgerinitiativen und Bürgerforen sind im allgemeinen zu schwach, um im politischen System kurzfristig Lernprozesse anzustoßen und Entscheidungsprozesse umzusteuern“.<sup>47</sup>

Kennzeichnend für die emphatische Interpretation der Zivilgesellschaft ist die Tatsache, daß sie einerseits in besonderem Maße auf den Zusammenhang zwischen *civil society* und *political society* abhebt und andererseits eine strikte Trennung zwischen *civil society* und *commercial society* vornimmt. Im Mittelpunkt des Interesses steht die Frage einer weitergehenden Beteiligung der Bürger an politischen Entscheidungsprozessen. Indem der Blick für Beteiligungsformen unterhalb der Ebene organisierter Interessenvermittlung in Parteien und Verbänden geöffnet wird, vermag diese zivilgesellschaftliche Variante eine wichtige Perspektive zur Erweiterung pluralismustheoretischer Überlegungen zu bieten.

### **3.3 Zivilgesellschaft als Rückgriff auf die traditionelle Pluralismusdebatte**

Die emanzipatorische Variante der Zivilgesellschaft muß sich grundsätzlicher Kritik aus liberalen und konservativen Kreisen stellen. Zum einen wird die implizite Grundannahme bezweifelt, daß sich das demokratische Aufbegehren gegen den Staatssozialismus mit den sozialen Bewegungen im Westen hinsichtlich Motivation und Zielsetzung in einen gemeinsamen Zusammenhang bringen läßt. Zum zweiten wird der Versuch kritisiert, zivile Gesellschaft und bürgerliche Gesellschaft bzw. Marktwirtschaft gleichsam auseinanderdividieren zu wollen, wodurch der liberale Traditionshorizont der Zivilgesellschaft entscheidend verkürzt würde.

---

<sup>43</sup> Rödel; Frankenberger; Dubiel 1989, 56.

<sup>44</sup> Ebd., 89.

<sup>45</sup> Habermas 1990, 82.

<sup>46</sup> Ebd., 435.

<sup>47</sup> Habermas 1992, 451.

Liberales und konservative Autoren wie Dahrendorf, Shils und Taylor halten der emanzipatorischen Variante der Zivilgesellschaft eine „moderate Variante“ entgegen.<sup>48</sup> Diese Variante fußt auf der Annahme eines unauflösbaren Zusammenhanges, in welchem die Marktwirtschaft mit einer politisch qualifizierten Zivilgesellschaft, dem liberalen Rechtsstaat und einer die Grundrechte gewährleistenden Verfassungsdemokratie verzahnt ist.<sup>49</sup> Die Zivilgesellschaft präsentiert sich somit als das Leitmotiv eines in westlichen Repräsentativsystemen durch Konkurrenzdemokratie, Pluralismus, Marktwirtschaft und einem sozial intervenierenden Rechtsstaat verwirklichten Gesellschaftsmodells.<sup>50</sup>

Manche Autoren bestreiten ganz grundsätzlich den Nutzen eines zivilgesellschaftlichen Konzepts für demokratiethoretische Überlegungen. Weder in normativer noch in empirischer Hinsicht komme der Zivilgesellschaft ein nennenswerter Zuwachs im Vergleich zu Pluralismustheorien und der im Kritischen Rationalismus konzipierten politischen Philosophie zu. „Der friedfertige Streit von Interessengruppen in einer pluralistisch angelegten Gesellschaft, in der Öffentlichkeiten den politischen Prozeß auf demokratischem Wege korrigieren, kurz, die Institutionalisierung von Kritik und Konkurrenz bildeten seit jeher einen zentralen Bestandteil“ der offenen Gesellschaft.<sup>51</sup>

Pluralismustheorien versuchen zu zeigen, wie in parlamentarischen Demokratien durch die Interaktion zwischen Individuen, gesellschaftlichen Organisationen und staatlichen Institutionen legitimierte politische Entscheidungen zustandekommen. Zu diesem Zweck wird gegenüber den klassischen liberalen Staatstheorien (Locke) neben den Partikularinteressen von Individuen die Existenz organisierter Interessen eingeführt. Die Pluralismustheorien gehen davon aus, daß in demokratischen Gesellschaften alle relevanten gesellschaftlichen Interessen organisierbar sind, diese um die politische Berücksichtigung konkurrieren und somit auf Dauer keine gesellschaftlich relevante Gruppe vernachlässigt wird.

### **3.4 Christlich-kommunitaristische Zivilgesellschaft**

Neugierig macht ein Artikel unter dem programmatischen Titel "Was ist eine Civil Society". Der einführende Artikel von Edward Shils zum vierten "Castelgandolfo-Gespräch" kann wohl im Rahmen der Zivilgesellschafts-Debatte alles in allem als repräsentativer gelten: Er verwendet den Begriff "als Bezeichnung für einen bestimmten Typus von Gesellschaft": eine Gesellschaft mit einem kollektiven Selbstbewußtsein, das ebenso kognitiv wie normativ ist und von einem relativ großen Teil der Bevölkerung geteilt wird. Die civil society ist das öffentliche Medium, und sie ist auch das Produkt privater und staatlicher Institutionen. Sie ist 'zivil', insofern sie eine normative Regulierungsfunktion gegenüber Wirtschaft und Staat und auch den privaten Institutionen selbst ausübt.<sup>52</sup>

Besondere Betonung kommt in Shils' civil-society-Verständnis dem Interesse am Gemeinwohl ("encompassing interest") zu: "Bürgersinn ist die charakteristische Denk- und Verhaltensweise in einer *civil society*. Bürgersinn bedeutet unter anderem eine Bindung an die

---

<sup>48</sup> Sölter 1993, 168-169.

<sup>49</sup> Dahrendorf 1991, 564 ff.

<sup>50</sup> Klein 1991, 70.

<sup>51</sup> Sölter 1993, 172.

<sup>52</sup> Shils 1991, 14.

Gesamtgesellschaft." Die Formulierung "wir sprechen von civil society, wenn..." suggeriert zu unrecht eine wissenschaftlich allgemein anerkannte Definition. Dieser streckenweise eher essayistisch als sozialwissenschaftlich klingende, begrifflich zum Teil leider etwas schwammige Beitrag, der hauptsächlich darauf abhebt, Gemeinschaftsbezogenheit wo immer möglich zu fördern und dabei trotzdem Pluralismus und Individualismus nicht zu vernachlässigen, formuliert wohl vor allem das Programm einer kommunitaristischen Demokratietheorie.

In jedem Fall zeigt die Tatsache, daß sich sogar der Papst der "europäischen Wirkungsgeschichte und der aktuellen Bedeutung von Civil Society in und außerhalb Europas"<sup>53</sup> als Thema eines Studientages annahm, eine wie weitreichende Popularität der Begriff gewonnen hat. Shils unternimmt den Versuch, christlich-kommunitaristische Wertbestände mit moderner Sozialtheorie zu einer Art "Katechismus der civil society" zu verbinden, dessen Fazit immerhin lautet, liberale Demokratie könne nur als civil society überleben. In diesem Verständnis ist dann civil society ein Attribut oder eine besondere Form liberaler Demokratie.

Die Antworten auf die Frage nach einem "guten", "idealen" oder wünschenswerten Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft decken gleichsam das gesamte politische Spektrum zwischen linken Kritikern der "Einheit der gesellschaftlichen Machteliten mit dem Staat" und liberaler Kritik am Ausmaß staatlicher Eingriffe in die Sphäre der bürgerlichen oder (Zivil-)Gesellschaft ab. Darüberhinaus wird über Zivilgesellschaft weitergehend auch im Rahmen von Themen wie "zivile Solidarität" (Frankenberg)<sup>54</sup>, Gerechtigkeit und Globalisierung, "internationale Zivilgesellschaft" (Köbler/Melber)<sup>55</sup> oder "Zivilgesellschaft in der Dritten Welt" (Gormsen/Thimm)<sup>56</sup> diskutiert. Der von Dahrendorf benutzte Terminus Bürgerliche oder Bürgergesellschaft<sup>57</sup> hat sich jedoch nicht durchgesetzt, mit der Begründung, "Bürger" impliziere Individuum, und daher sei "Zivil-" vorzuziehen. Außerdem dürfte hierbei wohl immernoch der Unterschied zwischen Staats- und Wirtschaftsbürger, sprich die jeweilige Gewichtung von citoyen und bourgeois eine Rolle spielen.

### **3.5 Kritisch-emanzipatorische *Civil-Society-Theorien* und ihre Kritiker**

Wovon Keane im Zuge seiner Unterscheidung abriet, "to produce a new philosophical, sociological and political paradigm, (...) a theoretical 'metadiscourse'", das prägt trotz allem die theoretische Diskussion: Versuche, ein Modell oder eine *Theorie der Civil Society* zu schaffen. Neben dem schon erwähnten Band "Die demokratische Frage" (1989) in Deutschland, in dem Rödel, Dubiel und Frankenger (die "dritte Generation der Frankfurter Schule") zwischen Links-Parteien und Neuen Sozialen Bewegungen als Akteuren von Reformen zu vermitteln suchen, sollten in diesem Zusammenhang die Arbeiten des amerikanischen

---

<sup>53</sup> So lautete das Thema des vierten (1989) aus der Reihe der Castalgandolfo-Gespräche, die sich mit den großen Herausforderungen und Problemen der heutigen Zeit beschäftigen. Die Dokumentation wurde herausgegeben von Krzysztof Michalski.

<sup>54</sup> Frankenberg 1996.

<sup>55</sup> Köbler; Melber 1993.

<sup>56</sup> Gormsen; Thimm 1992.

<sup>57</sup> ...obwohl Dahrendorfs Verständnis kaum übersteigter Individualismus vorgeworfen werden kann. Vgl. Dahrendorf 1991, 247-263.

Sozialwissenschaftler-Ehepaars Andrew Arato und Jean Cohen noch einmal erwähnt werden, vor allem ihre umfangreiche Monographie "Civil Society and Political Theory"<sup>58</sup>.

Arato und Cohen entwickeln in ihrer Studie einerseits ein normatives civil-society-Modell, das sie als Beitrag zur Demokratietheorie, und zwar nicht als Institutionen-zentriertes, sondern explizit als "handlungsleitendes normatives und politisches Projekt" verstehen. Die von ihnen formulierte "Arbeitsdefinition" lautet wie folgt:

„We understand 'civil society' as a sphere of social interaction between economy and state, composed above all of the intimate sphere (especially the family), the sphere of associations (especially voluntary associations), social movements, and forms of public communication. Modern civil society is created through forms of self-constitution and self-mobilization. It is institutionalized and generalized through laws, and especially subjective rights, that stabilize social differentiation. (...)

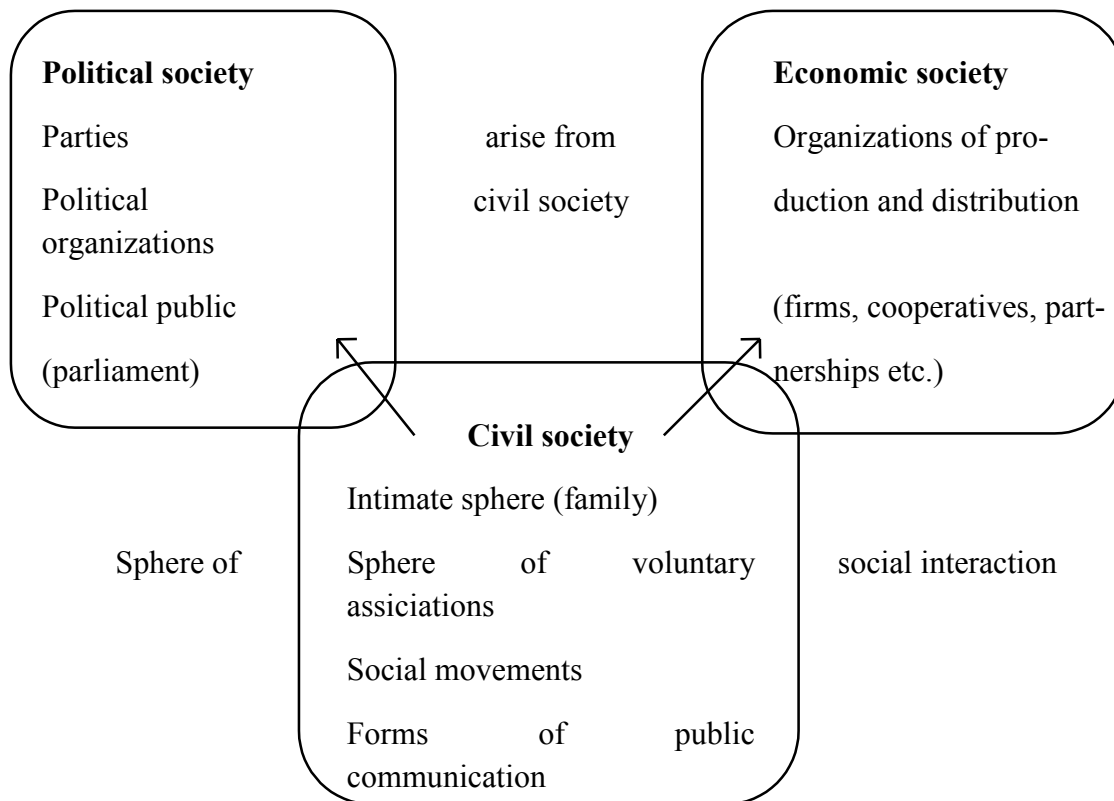
It would be misleading to identify civil society with all of social life outside the administrative state and economic processes in the narrow sense. It is necessary and meaningful to distinguish civil society from both a political society of parties, political organizations, and political publics (in particular, parliaments) and an economic society composed of organizations of production and distribution. Political and economic society generally arise from civil society, share some of its forms of organization and communication, and are institutionalized through rights (political and property rights) continuous with the fabric of rights that secure modern civil society. But the actors of political and economic society are directly involved with state power and economic production, which they seek to control and manage. They cannot afford to subordinate strategic and instrumental criteria to the patterns of normative integration and open-ended communication characteristic of civil society.“<sup>59</sup>

---

<sup>58</sup> Arato; Cohen 1992; Dies. 1989; Arato, 1993.

<sup>59</sup> Arato; Cohen 1992, 21.

Der Staat, sowie politische, wirtschaftliche und zivile Sphäre werden also voneinander geschieden:



Den theoretischen Unterbau der Monographie, die in der Reihe „Studies in Contemporary German Social Thought“ erschienen ist, bildet die Kritische Theorie der Frankfurter Schule, insbesondere Diskursethik und Theorie des kommunikativen Handelns Habermas'. In ihrem Zentrum steht der Begriff der "freien, lebensweltlichen Öffentlichkeit", die allein zu endloser, uneigennütziger und nicht-zweckorientierter Kommunikation fähig sei, welche ihrerseits für die Autoren offenbar als "demokratischer" Wert einen Selbstzweck darstellt.

Die Autoren beziehen sich, was Osteuropa betrifft, auf die "neuen, autonomen Diskurs- und Assoziations- und Solidaritätsformen" der demokratischen Opposition, im Westen auf das Überdenken des Verhältnisses von Staat, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wohlfahrtsstaat anhand dreier zentraler Debatten, nämlich

1. der Eliten- versus die Partizipationstheorie,
2. des Liberalismus mit dem Kommunitarismus und
3. zwischen Neokonservatismus und Anhängern des Wohlfahrtsstaates.

In allen drei Debatten nimmt Arato/Cohens civil-society-Position in etwa den Platz in der goldenen Mitte ein.



Neben der Zustimmung, die Arato/Cohens Modell aus Kreisen der Frankfurter Schule erfuhr, ist daran bereits verschiedentlich Kritik geübt worden. Dabei können drei Hauptstränge unterschieden werden, die jedoch eng zusammenhängen:

### **Kritik an "Öffentlichkeits-Fixierung" ohne demokratische Fundierung**

Unter dem Titel Zivilgesellschaft werde eine unrealistische und in der Konsequenz undemokratische Öffentlichkeitsvorstellung unberechtigt normativ aufgewertet. "In seiner gegenwärtigen Fassung privilegiert das Konzept den Aspekt der zweckfreien und befriedigenden öffentlichen Selbsterziehung engagierter Bürger/innen (public happiness)"<sup>60</sup>, eine

"veredelte Variante der narzißtischen 68er-Devise, 'nur action bringe satisfaction'. Gleichzeitig beschränke sich aber der Adressatenkreis unbeabsichtigt "auf die 'Zivilisierten', die gegenüber den 'Barbaren' in der eigenen Gesellschaft ein allenfalls paternalistisches Verhältnis unterhalten. (...) Die mittlerweile eingespielte Version des Zivilgesellschaft-Diskurses hat die Tendenz, den Mythos eines desinteressierten Engagements zu beleben und damit die Pluralität öffentlicher sozialer Kämpfe an einem restriktiven Legitimitätsstandard zu messen."<sup>61</sup>

Die öffentliche Meinung bildet sich aber vollständig außerhalb der legitimen politischen Struktur heraus, wie auch Charles Taylor zu bedenken gibt. "Radikaler gesagt: sie entwickelt sich außerhalb der Kanäle und öffentlichen Räume jeglicher Autorität." Der "durch Druckerschwärze vermittelte öffentliche Raum...(ist) nicht politisch strukturiert".<sup>62</sup> Letztlich komme darin eine Geringschätzung demokratischer Institutionen zum Ausdruck.<sup>63</sup> Damit eng verbunden ist die

### **Kritik an der Ausdifferenzierung in "zivile", "politische" und "wirtschaftliche Gesellschaft"**

Frankenberg: "Dieser Auffassung liegt das Mißverständnis zugrunde, was 'privat' ist, sei mit 'Familie' und 'Ökonomie', das 'Öffentliche' dagegen als staatsbezogene Sphäre der gemeinsamen Geschäfte einer Gesellschaft angemessen beschrieben, und beide Sphären trennte eine ebenso natürliche wie deutliche Grenze, deren Verlauf zugleich die Demarkationslinie zwischen instrumentell zweckrationalem und expressivem Handeln darstelle. Jede Dichotomisierung von privat und öffentlich, zumal im Recht, ist willkürlich und unbestimmt und hat einen geschlechtsspezifischen Subtext." Sowohl das "Haus" als auch die Ökonomie seien auf allgemeine Interessen und öffentliche Güter bezogen und daher partiell öffentlich-rechtlich geregelt.<sup>64</sup> Auch Michael Walzer unterstreicht, daß die citizens üblicherweise zugleich arbeitende und konsumierende Menschen sind und die Trennung beider Bereiche, verbunden mit der Idealisierung des ersteren, eine Überforderung des einzelnen wäre.<sup>65</sup>

### **Kritik an der normativen Unbestimmtheit des Begriffs Bürgerliche oder Zivilgesellschaft**

---

<sup>60</sup> Heins 1992, 239.

<sup>61</sup> Ebd.

<sup>62</sup> Taylor 1991, 70 und 72.

<sup>63</sup> Ähnlich auch Shell 1994.

<sup>64</sup> Frankenberg 1996, 43f.

<sup>65</sup> Fetscher, in: Die Zeit Nr.6, 5.Februar 1993, S.17.

Mehrere Kritiker schließen aus der mangelnden empirischen Fundierung normativer Zivilgesellschaft-Konzepte einen Übergang des Themas der "Zivilgesellschaft in dasjenige einer nachtraditionalen, säkularisierten 'Zivilreligion', die die Fähigkeit der Gesellschaftsmitglieder, sich solidarisch aufeinander zu beziehen, sichern soll. Empirische Anzeichen (dafür) werden (von den Zivilgesellschaft-Ansätzen, d.Verf.) im 'Bedeutungszuwachs nachtraditionaler Gemeinschaftsbildungen', in 'frei flutenden, von traditionellen Orientierungen losgerissenen Identifikationspotentialen' dechiffriert, die normative Ambivalenz dieser Prozesse jedoch ausgeblendet".<sup>66</sup> In eine ähnliche Richtung zielt Rainer Schmalz-Bruhns' Begriff von der "Tabulosigkeit der talk shows".<sup>67</sup>

John Ely bezeichnet schließlich beide skizzierten Ansätze kritischer Demokratietheorie als "pool of Habermasian concepts"<sup>68</sup>, von denen "Die demokratische Frage" deshalb interessanter sei als der Ansatz von Arato/Cohen, da sie wirkliche politische Probleme angehe, während alle US-Diskussionen "purely academic"<sup>69</sup> geblieben seien. "The defense of the 'modern' as building the state, accumulation of capital and expansion of 'civil society' appear as part of an uncritically accepted 'secular' religious attitude that progress is good."<sup>70</sup> In diesem Zusammenhang sei auch Klaus von Beyme genannt, der dem Konzept der Zivilgesellschaft offenbar wenig abzugewinnen vermag, bezeichnete er es doch als "die einflußreichste Ideologie, die ost- und westeuropäische Intellektuelle gemeinsam und in einer Wechselwirkung entwickelten".<sup>71</sup>

Zusammenfassend ist es wohl kaum möglich, die verschiedenen Stränge widerspruchsfrei auf einen Nenner zu bringen. Dazu resümiert Volker Heins': "Der neue Denkansatz muß seine beanspruchte Fähigkeit, etwas zur empirischen Diagnose realer demokratisch-kapitalistischer Gesellschaften beizutragen, erst noch unter Beweis stellen."<sup>72</sup> Arato/Cohens Theorie versteht sich ausdrücklich als allgemeine, ohne besonderen Bezug zur osteuropäischen Transformationsproblematik, obwohl sie Impulse durch die "neuen Kommunikationsformen des Ostens" erhielt.

## **4 Zivilgesellschaft und die Transformationsprozesse in Ostmittel- und Osteuropa**

"Civil Society" is a concept that has been much discussed in relation to the process of democratization in southern Europe, Latin America and, especially, in Eastern Europe. Despite the widespread recognition of its potential importance, scholars

---

<sup>66</sup> Heins 1992, 240.

<sup>67</sup> Schmalz-Bruhns 1992, 245. Er sieht die "normative Ambivalenz" anscheinend aber weniger negativ.

<sup>68</sup> Ely 1992, 180.

<sup>69</sup> Ebd., 175.

<sup>70</sup> Ely 1992, 188.

<sup>71</sup> Von Beyme 1994, 104.

<sup>72</sup> Heins 1992, 242.

have not agreed on how to define it, nor are they sure what the specific nature of its contribution can be.“<sup>73</sup>

Die Untersuchung der Systemwechsel von autoritären zu demokratischen Systemen, wie sie die Transitionsforschung unternommen hat, verdeutlicht zumindest eines: Zivilgesellschaften sind wandelbar und kontextabhängig. Innerhalb der von den Transitologen unterschiedenen Phasen Liberalisierung, Demokratisierung und Konsolidierung<sup>74</sup> entwickelt sich die Zivilgesellschaft gemäß der existierenden Rahmenbedingungen, wobei ihr jeweils verschiedene Funktionen zugeschrieben werden. Vor diesem Hintergrund schlagen Lauth/Merkel für den Zweck der Transformationsforschung die Verwendung eines "offenen und dynamischen Konzeptes von Zivilgesellschaft" vor, basierend "auf der Einsicht, daß Zivilgesellschaften historische Phänomene darstellen, die in einem ständigen Form- und Funktionswandel begriffen sind."<sup>75</sup>

Wenn beispielsweise Jacques Rupnik, ein aus der ČSSR emigrierter Intellektueller, in einem 1979 erschienenen Artikel die innere Situation im Polen der Jahre 1968-1978 als "the end of revisionism and the rebirth of civil society"<sup>76</sup> charakterisiert, hat dies herzlich wenig mit zivilgesellschaftlichen Betrachtungen zum heutigen Polen zu tun. Für den historischen Begriff unterstreicht Alexander Smolar, daß die "notion of civil society as used in Central and Eastern Europe never had much to do with the grand theoretical debates that one may trace across two centuries in the works of Locke, Adam Smith, Hegel, Tocqueville, Marx, among others."<sup>77</sup>

Mit Blick auf Osteuropa und die dortigen Transformationsprozesse muß es also darum gehen, die spezifischen Bedeutungen und Funktionen von Zivilgesellschaft herauszuarbeiten. Zuerst soll am konkreten Beispiel Polens das Entstehen von Zivilgesellschaften in autoritären Systemen nachgezeichnet und deren Veränderungen im Zuge der Liberalisierung und beginnenden Demokratisierung analysiert werden. Im Anschluß wenden wir uns grundsätzlich der Frage zu, welche Bedeutung der Zivilgesellschaft für die Etablierung und Konsolidierung der Demokratie zukommt.

## **5 Ausformung und Funktionen von Zivilgesellschaft in autoritären Systemen am Beispiel Polens**

Vergleicht man die Rolle, die die Zivilgesellschaft mit Blick auf die Schwächung der kommunistischen Regime in Osteuropa gespielt hat, so nimmt Polen eine Sonderposition ein. Die sogenannte Wiedergeburt der polnischen (Zivil-)Gesellschaft ging vergleichbaren Entwicklungen in anderen Ostblockstaaten um beinahe zehn Jahre voraus und nur in diesem Land läßt sich von einer „Self-Liberation of Civil Society“ sprechen.<sup>78</sup> In diesem Kontext findet das Kean'sche Verständnis von Zivilgesellschaft als politischer Strategie der gesellschaftlichen Selbstorganisation seinen praktischen Ausdruck.

---

<sup>73</sup> Schmitter 1993, 1.

<sup>74</sup> O'Donnell; Schmitter 1986.

<sup>75</sup> Lauth; Merkel 1997, 16.

<sup>76</sup> Rupnik 1979.

<sup>77</sup> Smolar 1996, 24.

<sup>78</sup> Bernhard 1993, 9-23.

Der Ausgangspunkt für das Aufkommen zivilgesellschaftlicher Konzepte liegt in der unter mittelosteuropäischen Intellektuellen wie Adam Michnik, Jacek Kuron, Vaclav Havel und György Konrad seit den siebziger Jahren geführten „Selbstverständigungsdebatte“, deren Gegenstand die Entwicklung einer neuen Strategie für die politische Opposition bildete. Das in den 60er Jahren verbreitete Szenario des Reformismus, das auf dem Glauben an die Reformierbarkeit des osteuropäischen Kommunismus durch innere Kräfte basierte, mußte unter dem Eindruck der Niederschlagung des „Prager Frühlings“ zu den Akten gelegt werden. Das Jahr 1968 hatte gezeigt, daß etwaige Veränderungen nur in Übereinstimmung mit der Breschnew-Doktrin erfolgen konnten.

Angesichts dieser realpolitischen Grundannahme veränderte sich die Stoßrichtung der oppositionellen Aktivitäten in Mittelosteuropa: anstelle der Regierung rückte die Gesellschaft in den Mittelpunkt der sich herauskristallisierenden neuen Reformstrategie. Adam Michnik schrieb in seinem 1976 erstmals in Paris veröffentlichten Essai "A New Evolutionism":

„Was die heutige Opposition von (..) früheren Bewegungen unterscheidet, ist die Überzeugung, daß ein solches Programm der Evolution an die unabhängige öffentliche Meinung und nicht an die totalitären Autoritäten zu adressieren wäre. Anstelle von Ratschlägen an die Regierung, wie sie sich reformieren kann, sollte das Programm Hinweise für die Gesellschaft enthalten, wie sie vorgehen soll. Was die Regierung betrifft, so kann ihr kein besserer Rat zuteil werden als jener, der durch den sozialen Druck von unten erteilt wird.“<sup>79</sup>

Wie Michnik später in einem Brief aus dem Gefängnis mitteilte, lag das Wesen der Oppositionsbewegung im Versuch, die Zivilgesellschaft bzw. die sozialen Bindungen außerhalb der offiziellen Strukturen wiederherzustellen.<sup>80</sup> In der polnischen Opposition verbreitete sich die Unterscheidung zwischen der „Zivilgesellschaft“, die es zu erneuern galt, und der „Macht“, die dem Staat überlassen werden sollte, sie fand ihren Ausdruck in der geläufigen Gegenüberstellung von Oni („Sie“) und My („Wir“).

Die Idee der Zivilgesellschaft kann demnach in ihrer mittelosteuropäischen Variante als politische Strategie der Opposition beschrieben werden, die auf einen evolutionären Systemwandel von unten hinzielte. Zu dieser Strategie gehörten die Verteidigung des Menschen vor dem Druck des Systems ("in der Wahrheit leben"), die Herausbildung einer Gegenöffentlichkeit sowie die Selbstorganisation der Gesellschaft in Form unabhängiger Initiativen. Die Strategie der gesellschaftlichen Selbstorganisation läßt sich mithin dem zweiten Keaneschen Verständnis von Zivilgesellschaft, der *political calculation* zuordnen:

„The state - civil society scheme is used (...) as an aid to strategic political calculation. In this approach the dichotomy between the civil society and the state serves as a criterion to establish what must be done (and what must not to be done) in order to reach a goal whose desirability is taken for granted. (...) The normative considerations underpinning 'tactical' approaches of this kind are usually assumed or stated as given.“<sup>81</sup>

---

<sup>79</sup> Michnik 1985, 144.

<sup>80</sup> Vgl. ebd., 41-63.

<sup>81</sup> Keane 1988, 22.

## **5.1 Etapen der (zivil-)gesellschaftlichen Entwicklung im realsozialistischen Polen<sup>82</sup>**

Für die kommunistischen Regime, die zumindest in begrenztem Umfang Reformen vornahmen, unterteilen Weigle und Butterfield die Entwicklung einer Zivilgesellschaft in ein vierteiliges Schema:

- (1) **Defensive Etappe:** Private, individuelle und unabhängige Gruppen verteidigen entweder aktiv oder passiv ihre Selbstständigkeit gegen den Partei-Staat.
- (2) **Artikulationsetappe:** Unabhängige Gruppen bzw. Initiativen propagieren ihre begrenzten Ziele in einer erweiterten öffentlichen Sphäre, die vom neu gestalteten Partei-Staat gebilligt oder anerkannt wird.
- (3) **Mobilisierungsetappe:** Unabhängige Gruppen bzw. Bewegungen unterminieren die Legitimität des Partei-Staates durch das Angebot alternativer Formen der Herrschaft.
- (4) **Institutionsetappe:** Erlaß von Gesetzen, die die Autonomie von gewissen sozialen Aktivitäten garantieren und zu einer vertraglichen Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft, eventuell durch freie Wahlen, führen.<sup>83</sup>

Legt man die genannten Kriterien auf Polen an, so wäre die Periode 1976-1980, also von der Bildung des „Komitees zur Verteidigung der Arbeiter“ (KOR) bis zur Solidarność, der defensiven und Artikulationsetappe zuzurechnen. In diesem Zeitraum strebte die polnische Oppositionsbewegung den Aufbau (zivil) -gesellschaftlicher Strukturen außerhalb des Partei-Staates an. Angesichts der vorläufigen Billigung der führenden Rolle der PZPR (Polnische Vereinigte Arbeiterpartei) durch die Opposition ist diese Strategie als „selbstbeschränkende Revolution“ umschrieben worden.<sup>84</sup> Von den letzten beiden Etappen läßt sich nur während der Solidarność 80/81 sowie in den Jahren 1988/89, also direkt vor dem Regimewechsel sprechen. Die besondere polnische Entwicklung entspricht insbesondere wegen der Zäsur, die die Verhängung des "Kriegszustandes" darstellte, nur bedingt dem Verlauf des obigen Schemas.

### **5.1.1 KOR und die ersten Schritte der gesellschaftlichen Selbstorganisation**

Der erste Schritt in der "Selbstbefreiung" der (Zivil-)Gesellschaft war die Implementierung der Strategie der gesellschaftlichen Selbstorganisation in den Jahren 1976-1980. Als zentraler Akteur der neuen Oppositionsstrategie wirkte das „Komitee zur Verteidigung der Arbeiter“ (KOR), das von Intellektuellen in Reaktion auf die Niederschlagung der Arbeiterstreiks im Juni 1976 gegründet worden war.<sup>85</sup> Zu den Zielen des Komitees, die am 23. September 1976 im „Appell an die Gesellschaft“ veröffentlicht wurden, zählten die Untersuchung der Arbeiterunruhen bzw. der Verfolgung durch Polizei und Justiz, die

---

<sup>82</sup> Durch die Schreibweise (zivil-)gesellschaftlich bzw. (Zivil-)Gesellschaft soll auf die Singularität der polnischen Variante von Zivilgesellschaft abgehoben werden.

<sup>83</sup> Weigle; Butterfield 1992, 1.

<sup>84</sup> Staniszkis 1984.

<sup>85</sup> Die Geschichte des KOR ist von Jan Jozef Lipski, selbst aktives Mitglied, in dessen Buch KOR: A History of The Workers' Defense Committee in Poland 1976-1981 dargestellt worden. Lipski 1985.

finanzielle Unterstützung der verfolgten Arbeiter sowie der Aufbau eines unabhängigen Informationsnetzes zur Erfassung aller Schikanen seitens der Regierung.

Nachdem das wichtigste Ziel, die Freilassung aller Arbeiter, erreicht worden war, bildete sich das KOR im September 1977 in das „Komitee zur Gesellschaftlichen Selbstverteidigung - KOR“ (KSS-KOR) um. Mit dieser Nachfolgeorganisation sollte eine ständige Institution zur Verteidigung der Menschen- und Bürgerrechte sowie zur Unterstützung gesellschaftlicher Initiativen geschaffen werden. KOR spielte ebenfalls die Schlüsselrolle bei der Schaffung eines unabhängigen öffentlichen Raums, den die wachsende Untergrundpresse ausfüllte.<sup>86</sup>

Die Aktivitäten von KOR bzw. KSS-KOR initiierten eine gesellschaftliche Solidarisierung über soziale Schichten hinweg und bewogen eine Vielzahl anderer Gruppen, sich zu organisieren. In der Konsequenz wuchs die Dichotomie zwischen Opposition und Partei-Staat zur beherrschenden Achse des politischen Lebens heran.

„By the end of the 1970s, as a result of the proliferation of various organisations and movements, their geographic dispersion, the growing participation of society in their activities, and the broad dissemination of the underground press, the public space in Poland had been liberated and the actors arrayed therein were positioned as the potential basis for a reconstituted civil society.“<sup>87</sup>

Festzuhalten bleibt, daß eine *civil society* im Polen der 70er Jahre noch keineswegs verwirklicht war. Selbst wenn es der sich verbreiternden Oppositionsbewegung gelang, dem Partei-Staat ihre Tolerierung abzurufen, so bedeutete dieser Fortschritt noch nicht, daß eine Zivilgesellschaft tatsächlich existierte oder wiedergeboren worden war. Während bis 1980 die Artikulationsetappe erreicht worden war, sollte erst die Solidarność den Schritt zur Mobilisierung und beschränkten Institutionalisierung der (Zivil-)Gesellschaft vollbringen.

### **5.1.2 Solidarność 1980/81 und die Mobilisierung der (Zivil-)Gesellschaft**

Allein während der Hochphase der Solidarnosc, also im Zeitraum zwischen der Danziger Vereinbarung vom 31. August 1980 und der Verhängung des Kriegszustands am 13. Dezember 1981, kann von einer Mobilisierung bzw. Institutionalisierung einer besonderen Art der Zivilgesellschaft die Rede sein.<sup>88</sup> In Danzig räumte der Partei-Staat dem „Überbetrieblichen Streikkomitee“ das Recht zur Gründung einer unabhängigen Gewerkschaft ein. Bedingung hierfür war die Anerkennung der führenden Rolle der Partei im Staat sowie der in internationalen Verträgen eingegangenen Verpflichtungen. Die Klausel von der „Führungsrolle der Partei im Staat“ lief faktisch auf eine friedliche Koexistenz von Partei und (Zivil-) gesellschaft und damit letztendlich auf eine Doppelherrschaft hinaus. In den Worten von Lech Walesa: „Die Partei führt und die Regierung regiert, und wir machen das, was uns angeht“ (a my robimy swoje).<sup>89</sup>

---

<sup>86</sup> Als bemerkenswertestes Beispiel sei hier nur die illegale Zeitschrift *Robotnik* („Der Arbeiter“) angeführt, die seit September 1977 ein- oder zweimal monatlich in einer Auflage von mehreren zehntausend Exemplaren in Umlauf gebracht wurde.

<sup>87</sup> Bernhard 1993, 11.

<sup>88</sup> Zur Geschichte der Solidarnosc siehe die jeweils 1985 erschienenen Standardwerke von Timothy Garton Ash und Jerzy Holzer.

<sup>89</sup> Zitiert nach Lee 1994, 254.

Konzentrierte sich die Solidarność von ihrer Programmatik her anfangs ausschließlich auf die Interessenvertretung der Arbeiter, so traten neben wirtschaftlichen und sozialen zunehmend politische Forderungen in den Vordergrund. Bis zu ihrem Verbot wandelte sich die Solidarność von einer Gewerkschaftsbewegung zur radikalen Opposition gegen das bestehende Regime. In der damaligen Programmatik fanden sich mit dem „Programm der selbstverwalteten Republik“ ausgesprochen „zivilgesellschaftliche“ Elemente. Über die Einrichtung von betrieblichen Unternehmensselbstverwaltungen sollte die Vergesellschaftung des Staates bzw. der staatlichen Ökonomie von unten eingeleitet werden.

Die Solidarność war gleichzeitig Gewerkschaft und sozio-politische Bewegung. Sie verkörperte „eine strategische Allianz von Intellektuellen, Arbeitern und Angestellten“ hinter der eine breite Front der polnischen Bürger stand.<sup>90</sup> Den Grad der gesellschaftlichen Mobilisierung belegt die Mitgliederzahl der Solidarność. Fast alle Arbeiter und eine große Zahl von Angestellten traten in die freie Gewerkschaft ein, so daß bis November 1990 von den insgesamt 16 Millionen Beschäftigten Polens knapp 10 Millionen der Solidarność angehörten. Als Motiv für den breiten Rückhalt, den die Solidarność durch die Bevölkerung erfuhr, haben Streikstudien die „Sehnsucht nach dem normalen Leben“ herausgearbeitet. Gegen Desorganisierung und Demoralisierung der gesellschaftlichen Beziehungen und gegen die Willkür der Macht wurde ein quasi natürliches Recht auf Ordnung und ordentliche Arbeit, Gerechtigkeit und angemessene Lebensbedingungen, auf ein Leben ohne Angst und Lügen eingeklagt.<sup>91</sup>

Im Zeitraum 1980/81 nutzten neben der Solidarność auch zahlreiche andere Organisationen und Initiativen die entstandenen Freiräume und verliehen den zivilgesellschaftlichen Strukturen einen weiteren Schub. Der wesentlichste Fortschritt bestand in der Integration der polnischen Gesellschaft auf der Grundlage der moralischen, kulturellen und historischen Identität. Besonders herausgestellt wurden die Traditionen der polnischen Adelsrepublik, die Kontinuitäten der polnischen Freiheitskämpfe sowie die Zugehörigkeit zur westlich-christlichen Zivilisation.

An dieser Stelle darf der Verweis auf die wichtigsten Spezifika der Situation in Polen nicht fehlen, die erst zusammengenommen die Entstehung und das Handeln der Solidarność als ein Phänomen der polnischen Zivilgesellschaft ermöglichten: die Existenz eines Gegenpols zum Partei-Staat in Gestalt der katholischen Kirche; eine mutig auftretende Arbeiterschaft, die durch ihre Kampfgeschichte klug geworden war; eine im Vergleich zu anderen realsozialistischen Staaten schwache kommunistische Partei und eine im Vergleich zur DDR oder der ČSSR besonders desolate ökonomische Situation.<sup>92</sup>

### **5.1.3 Der Rückzug der (Zivil-)Gesellschaft in den Untergrund**

Die Verhängung des Kriegszustandes und das Verbot der Solidarność unterbrachen vorläufig den Wiederaufbau der (Zivil-)Gesellschaft. Es gelang dem Regime, der „Revolution von unten“ ihre Dynamik zu entziehen. Die Repressionsmaßnahmen zerstörten zum einen die

---

<sup>90</sup> Ash 1985, 54.

<sup>91</sup> Tatur 1989a.

<sup>92</sup> Tatur 1989b, 469.

Arbeiterselbstverwaltungen in den Betrieben und verhinderten so eine Untermauerung des politischen Untergrunds. Zum anderen setzte der Kriegszustand der öffentlichen Artikulation der Opposition, die für die Masse der Gewerkschaftsmitglieder die typische Form politischen Handelns darstellte, ein Ende.

Der Versuch, die bestehenden gesellschaftlichen Organisationen und den öffentlichen Raum zu zerschlagen, schlug jedoch fehl. Der Opposition gelang es, ihre Aktivitäten in den Untergrund zu verlagern und auf diese Weise die Gegenöffentlichkeit zu bewahren. Diese Kontinuitäten wären nicht erreicht worden, wenn nicht die polnische Kirche die verzweifelte Gesellschaft unter ihren Schutz genommen hätte. Ihr ist es mit zu verdanken, daß die polnische Gesellschaft die Erinnerung an die Solidarność lebendig hielt und die politischen Werte des „August“ bewahrte. Die Haltung zur Solidarność, zum Kriegsrecht und zur führenden Rolle der Partei entwickelte sich zur wichtigsten Achse der politischen Einstellungen, sie unterschied in den achtziger Jahren zwischen Freund und Feind.

## **5.2 Das "ethische Modell der Zivilgesellschaft"**

Im Polen der 80er Jahre hatte die Zivilgesellschaft eine spezifische Gestalt angenommen, die ihrem Wesen nach als „ethical model of civil society“<sup>93</sup> oder "defensive", "moral" bzw. "minimal civil society"<sup>94</sup> charakterisiert werden kann. Als Werk der anti-kommunistischen Opposition wies dieses Modell die folgenden Besonderheiten auf:

- (1) Das Projekt der Zivilgesellschaft beruhte auf dem Grundkonflikt Gesellschaft versus Parteistaat und war gleichsam ex negativo an die Strukturen gebunden, gegen die es sich wandte. Somit wurde die Zivilgesellschaft ausschließlich in Abgrenzung zum Kommunismus definiert.
- (2) Die Idee der Zivilgesellschaft bildete einen normativen Idealanspruch, dessen Einlösung im Gewerkschaftsprogramm häufig mit moralischen Argumentationen verknüpft wurde. Während das Projekt der Zivilgesellschaft vor allem für Gruppierungen der Intelligenz als Wertorientierung diente, herrschte bei den Aktivisten der Arbeiter-Solidarność eine moralische Konzeption der Gesellschaft vor.
- (3) Für die Opposition besaß die Einforderung von Bürger- und Menschenrechten eine herausragende Bedeutung. In ihrem Diskurs bedeutete Zivilgesellschaft deshalb zu allererst Gesellschaft der Bürger.
- (4) Vor dem Hintergrund des alles beherrschenden Grundkonflikts wurde die Zivilgesellschaft als ein immenser, in sich geschlossener Akteur konstruiert. Existierende soziale Interessengegensätze wurden der „Wir-Sie“-Antonomie untergeordnet, so daß sie nicht zum Vorschein kamen.
- (5) Den zivilgesellschaftlichen Vorstellungen haftete eine beträchtliche Wirtschafts- bzw. Marktferme an. Nachdem 1980/81 große Hoffnungen in die Vergesellschaftung der

---

<sup>93</sup> Ogrodzinski 1995, 185.

<sup>94</sup> Smolar 1996, 28.



Staatwirtschaft gesetzt worden waren, sah man Ende der achtziger Jahre den Markt als „Segenspender“.

Das polnische Phänomen der ethischen Zivilgesellschaft hatte recht wenig mit westlichen Modellen gemeinsam. Eine Zivilgesellschaft im westlichen Sinne hatte angesichts der Einparteienherrschaft und der Planwirtschaft nicht entstehen können, da im realsozialistischen System für Eigeninitiative, Interessenkonflikt und Pluralismus, die unabdingbaren Grundvoraussetzungen der Zivilgesellschaft, kein Platz vorhanden war. Aus diesem Grunde stellt der polnische Soziologe Andrzej Ryszard die Existenz einer Zivilgesellschaft in Abrede:

„Damals, am Anfang der achtziger Jahre, als man von der Zivilgesellschaft sprach, stellte sie eher ein Postulat dar denn eine Wirklichkeit. Der Begriff diente weniger der Beschreibung einer bestimmten Wirklichkeit als der Schaffung einer Sprache, über die sich die damalige Opposition einigte. Man kann sogar behaupten, daß wir es damals mit einer Ideologie der Zivilgesellschaft ohne die selbige Gesellschaft zu tun hatten, während wir heute die Anfänge der Zivilgesellschaft vorfinden, jedoch ohne die damalige Ideologie.“<sup>95</sup>

Selbst wenn die Ideen der Zivilgesellschaft eigentlich nur in den Kreisen und Köpfen der oppositionellen Intellektuellen kursierten, erfüllte das Modell der ethischen Zivilgesellschaft doch eine wesentliche Funktion: Es bildete einen wesentlichen Bestandteil der oppositionellen Programmatik und trug zum Erfolg von KOR bzw. Solidarność und damit zur Mobilisierung der Gesellschaft gegen das kommunistische Regime bei.

Einer genaueren Einschätzung der Bedeutung des Konzepts der Zivilgesellschaft für die Mobilisierung der Opposition und der Ausprägung der (zivil-)gesellschaftlichen Strukturen steht die ungenügende empirische Datenlage im Wege. Ein solches Unterfangen wird ferner durch die Wirklichkeitsverzerrungen erschwert, die die Periode der Solidarność 80/81 bis zum heutigen Tage erfährt. In Solidarnosc-Kreisen wurde rückblickend das Bild der aktiven Zivilgesellschaft entworfen, wie es Szawiel bewußt überzeichnend dargestellt hat:

„Das Ethos der aktiven 'Solidarność', einer sozialen Bewegung von zehntausend Teilnehmern, die sich für Bürgerrechte und die Transformation zur Demokratie einsetzte. 'Solidarnosc' stellte eine Gesellschaft der positiven Selbsteinschätzung dar, in der wir als Individuen (..) mit Würde handelten, in der Wahrheit lebten und unsere Angst überwinden. Wir waren eine Gesellschaft von engagierten, freien und vertrauenswürdigen Individuen, die in einem realsozialistischen Land lebten.“<sup>96</sup>

Mit dem Ende der Konfrontation von Gesellschaft und Staat mußte das ethische Modell der Zivilgesellschaft zwangsläufig auslaufen. "Civil society, it turned out, had been a historical costume; its usefulness disappeared with the times that had dictated its wearing."<sup>97</sup>

### **5.3 Die Demobilisierung der polnischen (Zivil-)gesellschaft**

Die überwiegend friedlich verlaufene Transformation der kommunistischen Systeme Mittel- und Osteuropas in die Richtung demokratischer Verfassungsstaaten wäre ohne die teils aktive, wohl aber überwiegend passive Unterstützung der Bevölkerung nicht denkbar gewesen. Im wesentlichen jedoch handelte es sich um zwischen alten und neuen Eliten ausgehandelte Transitionen, welche den Bürgern mit der Ausnahme von kurzen Hochphasen der

---

<sup>95</sup> Ryszard 1996, 49.

<sup>96</sup> Szawiel 1992, 48.

<sup>97</sup> Smolar 1996, 29.

Mobilisierung keine herausgehobene Rolle in der Gestaltung des Übergangsprozesses belassen haben.

Die (Teil-)Übernahme der Regierungsverantwortung durch Vertreter der Opposition führte zu einer zweifachen Demobilisierung: sowohl die bisherige Motivation für politisches Engagement innerhalb der ethischen Zivilgesellschaft als auch deren Geschlossenheit gegenüber dem repressiven Regime verschwanden. Im Zuge des paktierten Übergangs rückte die politische Gesellschaft ins Zentrum des Demokratisierungsprozesses, während die (Zivil-)gesellschaft ihre Aufgabe erfüllt hatte und gleichsam zur Belohnung in den Hintergrund des Geschehens abtreten durfte.

Ein weiteres Phänomen des Zeitenwandels war die „Enthauptung durch Erfolg“.<sup>98</sup> Zahlreiche Führungspersönlichkeiten der ethischen Zivilgesellschaft wechselten in die „hohe“ Politik, entweder in den Staats- und Regierungsapparat oder in die "politische Gesellschaft" (Parlament, Parteien, politische Presse, Lobbyorganisationen). Die Tatsache, daß die Gegendeliten nun mitregierten, erzeugte die Illusion von der "civil society in power".<sup>99</sup>

Für die polnische Entwicklung verkörperte die Solidarność am eindrucksvollsten den Bruch und den Funktionswandel, den die Zivilgesellschaft während des Übergangs erfuhr. Tadeusz Mazowiecki, der zukünftige erste nicht-kommunistische Ministerpräsident Polens, unterstrich im Leitartikel der ersten Ausgabe des jetzt wiedererscheinenden Wochenblatts *Tygodnik Solidarność* vom 2. Juni 1989 die Konsequenzen des Systemwechsels für die ehemalige Opposition:

„Notwendig und wichtig ist nicht nur die Abschaffung des Schlechten, sondern auch der Aufbau der Zukunft. Bisher genügte der Widerspruch gegen den Totalitarismus. Jetzt muß man gesellschaftliche Strukturen der Demokratie herausbilden. Bisher redeten wir über die Notwendigkeit des Pluralismus. Jetzt muß man diesen Pluralismus praktizieren können. Bisher richteten wir alles gegen die Gegner; jetzt müssen wir uns selbst an den Werten messen, für die wir uns einsetzten.“<sup>100</sup>

Nach der (Teil-)Übernahme der Regierungsverantwortung begannen sich in der Solidarność-Bewegung mehrere Gruppierungen herauszubilden, die jeweils unterschiedliche Optionen für die anstehenden politischen und wirtschaftlichen Richtungsentscheidungen vertraten. Das Bild von der integralen Gesellschaft, wie es die Solidarność vor 1989 verkörperte, wies zunehmend Risse auf. In einem Artikel vom August 1989 sah Michał Boni, seinerzeit Vorsitzender der Solidarność-Region Warszawa-Mazowsze, den Auflösungsprozeß des Solidarność-Lagers voraus, der sich damals, zur Zeit der Regierungsbildung erst in seinen Anfängen abzeichnete:

„Die Kraft von Solidarność lag im Gemeinschaftsgefühl und in der Hoffnung. (...) Heute dagegen stehen über der Hoffnung und dem Gemeinschaftsgefühl politisches Kalkül, Erfahrung des Kriegsrechts, Rollenteilung auf der Bühne des öffentlichen Lebens sowie Konflikte und Ansprüche verschiedener Gruppen, die dem Geist von Solidarność entwachsen sind. Die Ethosdimension der Gewerkschaft, die einst edle Motive der Verteidigung der anderen nach dem Prinzip 'einer für alle, alle für einen' weckte - diese Dimension ist kaum noch zu spüren. (...) Der Schein der Einheit ist noch da, die Zeichen der Aufsplitterung sind aber unverkennbar.“<sup>101</sup>

---

<sup>98</sup> Bernhard 1996, 313.

<sup>99</sup> Smolar 1996, 28.

<sup>100</sup> Mazowiecki 1989.

<sup>101</sup> Boni 1989.

Im Begriff der Zivilgesellschaft, wie er vor 1989 für die Beschreibung der inneren Entwicklung der mittelosteuropäischen Staaten verwendet wurde, vermischen sich programmatische und deskriptive Elemente. In der westlichen Osteuropaforschung begann seine Rezeption, im Grunde verfrüht, Ende der siebziger Jahre. Durch Veröffentlichungen von Andrew Arato, der die Entstehung und den politischen Kampf der Gewerkschaftsbewegung *Solidarność* als Konflikt zwischen Zivilgesellschaft und Staat interpretierte<sup>102</sup>, fand das Konzept der Zivilgesellschaft alsbald breiteren Eingang in die Osteuropaforschung und avancierte zur Analysekategorie für die mittel- und osteuropäischen Demokratisierungsprozesse.<sup>103</sup> Somit sprang die Debatte um die Zivilgesellschaft von der "Selbstverständigungsdebatte" einiger mitteleuropäischer Intellektueller auf die westliche Osteuropaforschung und die Sozialtheorie über.

## 6 Civil Society und Transformationsforschung

Mit dem Zusammenbrechen der Gesellschaftssysteme "sowjetischen Typs" verschwand also die besondere Bedeutung und Funktion, die dem Konzept der Zivilgesellschaft in Osteuropa innegewohnt hatte. In den Jahren nach 1989 hat eine Schwerpunktverlagerung der Diskussionsbeiträge auf die Transformationsproblematik hin stattgefunden. Welchen Gewinn bringt die Verknüpfung der beiden Forschungsansätze? Könnte sie Fragen beantworten wie die nach der Rolle der Existenz oder Nicht-Existenz einer Zivilgesellschaft für das Ergebnis von Transformationen. Inwieweit ist der Druck einer Zivilgesellschaft fähig, den Transitionsprozeß hin zu demokratischen Politikformen zu beeinflussen? Das führt uns schließlich zur dritten eingangs von Keane formulierten, der analytischen Herangehensweise.

Dem jüngsten Beitrag von Lauth/Merkel zufolge "blieb die wechselseitige Befruchtung beider Diskurse bisher in theoretischer wie empirischer Hinsicht enttäuschend". Die Transformationsforschung bemühe sich "noch nicht hinreichend um eine theoretische Integration der Zivilgesellschaftskonzepte in den Gesamtverlauf von Systemwechseln".<sup>104</sup> Ein kurzer Rückblick auf die am systematischsten ausgearbeitete Theorie der Zivilgesellschaft bestätigt dies auch umgekehrt. Arato/Cohen geben zu: "It is beyond our competence to integrate this discourse into the diverse political and social contexts involved."<sup>105</sup> Dementsprechend vage fallen auch ihre Ergebnisse aus: "The exact role of civil society in the process of initiating the transition remains in some dispute."<sup>106</sup> Darüberhinaus sehen sich Arato/Cohen nicht in der Lage, die Rolle der Zivilgesellschaft präzise zu bestimmen:

"It is still unclear, however, what difference the state of development of civil society under authoritarian rule makes in terms of the process of transition or the stability and character of the outcome. It is not obvious in either of these contexts, how civic associations, social movements, grass-roots organizations, or even media of communication can substitute for the differentiation of a *political element* capable of strategic considerations. In fact, a strategy from below on its own has nowhere succeeded. Full democratic transition must involve political society."<sup>107</sup>

---

<sup>102</sup> Arato 1981; Ders. 1981/82.

<sup>103</sup> Siehe Bücher und Aufsätze von Autoren wie Andrew Arato, John Cohen, John Keane, Jadwiga Staniszkis, Melanie Tatur und Zeitschriften wie *Das Argument*, *Praxis International*, *Social Research* und *Telos*.

<sup>104</sup> Lauth;Merkel 1997, 12.

<sup>105</sup> Arato;Cohen 1992, 48.

<sup>106</sup> Ebd.

<sup>107</sup> Arato; Cohen 1992, 50.

John Ely verneint den Nutzen des Konzepts der Zivilgesellschaft grundsätzlich: "Characterizing the post-socialist East European countries, most observers have dropped the 'civil society' approach ... Arato himself never looks at the evidence suggesting that the elusiveness of 'civil society' in Eastern Europe today might lie in the difficulty of using this model in changing, post-socialist countries."<sup>108</sup>

Die analytische politikwissenschaftliche Literatur definiert Zivilgesellschaft meist ähnlich wie Charles Taylor, der drei Bedeutungsintensitäten unterscheidet:

- „1. In einem sehr allgemeinen Sinn gibt es civil society dort, wo es freie Vereinigungen gibt, die nicht von der Staatsmacht bevormundet werden.
2. Im engeren Sinn gibt es civil society nur dort, wo die Gesellschaft als ganze sich durch Vereinigungen, die nicht von der Staatsmacht bevormundet werden, strukturieren und ihre Handlungen koordinieren kann.
3. Alternativ oder ergänzend zur zweiten Bedeutung können wir von civil society immer dort sprechen, wo die Gesamtheit der Vereinigungen den Gang der staatlichen Politik signifikant bestimmen oder modulieren kann.“<sup>109</sup>

Zivilgesellschaft befindet sich diesem Verständnis zufolge "in einer vorstaatlichen oder nicht-staatlichen Handlungssphäre (...) im Zwischenbereich von Privatsphäre und Staat", sie ist kein "homogener Akteur", ihr Handeln aber dennoch grundsätzlich auf die Gemeinschaft betreffende Dinge bezogen.<sup>110</sup> Diese Definition Taylors besteht weniger beharrlich auf der Trennung der ("wirtschaftlichen", "politischen", "zivilen") Sphären als dies Arato/Cohen tun. Schon Habermas, auf den sich die beiden ununterbrochen berufen, stellte in seinem Klassiker "Strukturwandel der Öffentlichkeit" (1968) die Ambivalenz derartiger Trennungsversuche fest.<sup>111</sup>

## **6.1 Allgemeine Grundlagen und Entstehungsbedingungen von Zivilgesellschaft**

Damit kommen wir zur Problematik von Entstehungsbedingungen und Voraussetzungen von Zivilgesellschaft. Die Transitionsforscher kommen zu folgenden Ergebnissen<sup>112</sup>:

Bei der Interaktion zwischen Individuen/Gruppen und dem Staat gibt es empirisch betrachtet verschiedene Muster, d.h. Grade von Zivilgesellschaft. Zivilgesellschaft kann daher verschiedene Formen annehmen. Selbst Arato/Cohen hatten, indem sie die "Modelle" der französischen "zweiten Linken", der westdeutschen Grünen, der demokratischen Opposition in Polen sowie lateinamerikanischer Gesellschaften im Übergang zur Demokratie nebeneinanderstellten, verschiedene Arten oder Typen von civil society ("Zivilgesellschaften") diagnostiziert, unterschieden danach, wie stark institutionalisiert, demokratisch, politisch/politisiert oder aktiv die jeweilige Zivilgesellschaft war. Ihre Konfiguration in einem gegebenen Land hängt u.a. ab von seiner Größe, dem Grad seiner vor-

---

<sup>108</sup> Ely 1992, 189.

<sup>109</sup> Taylor 1989, 57.

<sup>110</sup> Vgl. Lauth; Merkel 1997, 16.

<sup>111</sup> Auch Frankenberg hält eindeutig die Zuordnung bestimmter Vereinigungen zur einen oder anderen Sphäre für schwierig: "Jede Dichotomisierung von privat und öffentlich ist willkürlich und unbestimmt." Da heute die Politik zurecht auch in die "Privatsphäre" eindringe, bevorzugt Frankenberg ein "mixta composita"-Modell. Frankenberg 1996.

<sup>112</sup> Vgl. Schmitter; Diamond 1986.

industriellen Verstärkung, seiner Prägung durch den Katholizismus, der Stärke sozialdemokratischer Bewegungen. Ein funktionierendes Parteiensystem ist andererseits noch kein Beweis für die Existenz einer entwickelten Zivilgesellschaft, da dominante Interessen dazu neigen, überrepräsentiert zu sein. Zivilgesellschaft ist kein automatisches Produkt von Kapitalismus, Urbanisierung, Alphabetisierung, sozialer Mobilisierung, ... kurz: von Entwicklung, obwohl sie von all diesen Faktoren begünstigt wird. Vielmehr bedarf ihre Entstehung und Erhaltung auch expliziter politischer Entscheidungen seitens der öffentlichen Autoritäten sowie entsprechender impliziter Praktiken auf privater Seite.

"While its historical origins are unequivocally rooted in Western Europe, the norms and practices of civil society are relevant to the consolidation of democracy in all cultural and geographical areas of the world, provided that the generic type of democracy that actors are seeking to consolidate is modern and liberal, i.e. constitutional, representative, accountable via pluri-party competitive elections, tolerant of social/ethnic diversity and respectful of property rights."<sup>113</sup>

Alexander Smolar zufolge wurde die Idee des "Returning to Europe" zu einem Kernbegriff der meisten „leaders who came from the ranks of the democratic opposition to communism."<sup>114</sup>

Dementsprechend sind die Voraussetzungen von Zivilgesellschaft in den osteuropäischen Reformstaaten zu untersuchen. Ihre Chancen sind besser, wo entsprechende historische Restbestände vorhanden sind. Hier sind weiterhin Faktoren wie Dauer und Art des überwundenen totalitären oder autoritären Regimes maßgeblich. Gleichzeitig gibt es "kein verbindliches strategisches Rezept für den Aufbau einer *civil society*" (s.u.).<sup>115</sup>

## **6.2 Zur möglichen Rolle einer Zivilgesellschaft in Transformationsprozessen**

Die analytisch vorgehenden Transformationsforscher unterscheiden zwischen *processes of initiation, consolidation, and completion* oder - geläufiger - *Liberalisierung, Demokratisierung* und *Konsolidierung*. An dieser Stelle sollte ausführlicher auf die je eigenen Spezifika der drei Phasen von Systemtransformationen im Hinblick auf die jeweilige Rolle von Zivilgesellschaft eingegangen werden. Hierzu gibt es bereits einige empirische Erfahrungen bezüglich typischer Abläufe.

Die für die Phase der Liberalisierung typische prinzipielle Konfrontationshaltung der als kollektiver Akteur agierenden Zivilgesellschaft als Anwalt von Menschen- und Bürgerrechten gegenüber dem Staat ist für das polnische Beispiel bereits eingehend beschrieben worden. Im Mittelpunkt dieser Phase steht die gewaltfreie Überwindung des alten Regimes, während Teilinteressen der verschiedenen Aktionsgruppen dahinter zurücktreten. Die Existenz einer Zivilgesellschaft ist jedoch nicht in jedem Fall eine notwendige Vorbedingung (pre-requisite) für den Zerfall einer Autokratie oder den Übergang zur Demokratie. Akteure der Zivilgesellschaft haben nur selten allein einen Regimewechsel verursacht. Hieraus folgt für

---

<sup>113</sup> Schmitter 1993, 13.

<sup>114</sup> Smolar 1996, 29.

<sup>115</sup> Dahrendorf 1991, 260.

Philippe C. Schmitter: "A vibrant civil society is probably more essential for consolidating and maintaining democracy than for initiating it."<sup>116</sup>

Der Verlauf der Demokratisierungsphase ist je nach Art und Tempo des Systemwechsels von Land zu Land sehr unterschiedlich. Aufgrund der Delegitimierung der alten Institutionen, dem partiellen institutionellen und Machtvakuum vergrößert sich jedoch im allgemeinen der Handlungsspielraum zivilgesellschaftlicher Akteure rapide, weshalb Lauth/Merkel von dieser Phase als der "eigentlichen Hochzeit der Zivilgesellschaft" sprechen. Hier erlebt sie den Funktionswandel von einer Gegenmacht zur aktiven Gestalterin der neuen politischen und sozialen Verhältnisse. Die Nachhaltigkeit und der Erfolg der Zivilgesellschaft dabei hängen wiederum von ihren allgemeinen Voraussetzungen im betreffenden Land ab (kulturelle Erfahrungen, civic traditions, sozioökonomisches Entwicklungsniveau).<sup>117</sup>

Die größte Herausforderung für die Zivilgesellschaft stellt anscheinend die Konsolidierungsphase dar. Konsolidierung versteht Schmitter als

"the process of transforming the accidental arrangements, prudential norms and contingent solutions that have emerged during the transition from autocracy into relations of cooperation and competition that are reliably known, regularly practiced and voluntarily accepted by those persons or collectivities, i.e. politicians and citizens, that participate in democratic governance."<sup>118</sup>

In dieser Phase besteht die Gefahr der "Entzauberung" durch wirtschaftliche Härten des Übergangs und die Routine des politischen Alltagsgeschäfts, die mit einem relativen Bedeutungsverlust der Zivilgesellschaft zugunsten des politischen Establishments einhergehen. Michael Bernhard nannte dieses Phänomen "Enthauptung durch Erfolg", Lauth/Merkel sprechen vom "Niedergang der Zivilgesellschaft (als) Konsequenz ihres eigenen Erfolgs".<sup>119</sup> Mitunter ist diese Phase die eigentliche Bewährungsprobe für die Zivilgesellschaft, in der es um einen erneuten Strukturwandel im Sinne einer Verwurzelung der noch schwachen intermediären Strukturen geht.

## **6.3 Zivilgesellschaft und Demokratie**

Freilich überlappen sich Demokratisierungs- und Konsolidierungsphase in der Praxis. Welche besondere Bedeutung kommt nun einer Zivilgesellschaft innerhalb der Demokratie allgemein und im Transformationsprozeß der postkommunistischen Reformstaaten hin zu demokratischen Strukturen insbesondere zu?

### **6.3.1 Funktionen und positive Auswirkungen einer Zivilgesellschaft in einer bzw. auf die Demokratie**

Diamond und Schmitter sehen die Funktionen von Zivilgesellschaft<sup>120</sup> für die Demokratie übereinstimmend vor allem in den Bereichen Partizipation und politische Kultur:

---

<sup>116</sup> Schmitter 1993, 7.

<sup>117</sup> Lauth; Merkel 1997, 24f.

<sup>118</sup> Schmitter 1993, 1.

<sup>119</sup> Ebd., 26 und Bernhard 1996, 313.

<sup>120</sup> Bei Schmitter definiert als "a set or system of self-organized intermediary groups: (1) that are relatively independent of both public authorities *and* private units of production and reproduction, i.e. of firms and

- Zivilgesellschaft schafft Bürgernähe und stabilisiert Erwartungen. Ihre "channels of self-expression and identification" sind "more proximate to individuals and firms, hence less alienating to use". Zivilgesellschaft schafft "channels other than political parties for the articulation, aggregation, and representation of interests"<sup>121</sup>. Dies ist besonders wichtig für traditionell marginalisierte Gruppen wie Frauen und ethnische Minderheiten.
- "A rich associational life supplements the role of political parties in stimulating political participation, increasing the political efficacy and skill of democratic citizens, and promoting an appreciation of the obligations as well as the rights of democratic citizenship.
- Civil society tends to generate a wide range of interests that may cross-cut, and so mitigate, the principal polarities of political conflict."<sup>122</sup>
- Eine weitere Funktion von Zivilgesellschaft besteht im "recruiting and training new political leaders. (...) They learn how to organize and motivate people, debate issues, raise and account for funds, craft budgets, publicise programmes etc.." Auf diese Weise entsteht ein "richer and more representative array of potential new political leaders than might otherwise be recruited by political parties.
- A vigorous civil society widely disseminates information, thus aiding citizens in the collective pursuit and defense of their interests and values. The spread of new information and ideas is essential to the achievement of economic reform in a democracy."<sup>123</sup>
- Gemeinsam mit einer freien Presse können "civic groups" gegen Korruption ankämpfen, die gerade in neuen Demokratien bedrohlich werden kann, deren rechtliche und bürokratische Mittel noch schwach sind.
- Viele gesellschaftliche Vereinigungen haben explizit den Aufbau und die Konsolidierung von Demokratie zum Ziel.
- Und schließlich: "Civil society governs the behavior of its members with regard to collective commitments, thereby reducing the burden of governance for both public authorities and private producers, provides important (but not unique) reservoirs of potential resistance to arbitrary or tyrannical action by rulers - whether by illegitimate usurpers or intolerant majorities."<sup>124</sup> (Gemeinwohlorientierung)

Kurz, es gilt die alte Tocqueville'sche Beobachtung von den gesellschaftlichen Vereinigungen als "Schule der Demokratie": "Freedom of association may, after having agitated society for some time, .. strengthen the state in the end. By enhancing the accountability, responsiveness, inclusiveness, effectiveness, and hence legitimacy of the political system, a vigorous civil society gives citizens respect for the state and positive engagement with it." Ähnlich resümiert

---

families; (2) that are capable of deliberating about and taking collective actions in defense/promotion of their interests/passions; (3) but do *not* seek to replace either state agents or private (re)producers or to accept responsibility for governing the polity as a whole; (4) but *do* agree to act within pre-established rules of a 'civil' or legal nature", Schmitter 1993, 1.

<sup>121</sup> Ebd., 10.

<sup>122</sup> Ebd..

<sup>123</sup> Ebd.

<sup>124</sup> Ebd.

Dahrendorf: "Eine freiheitliche Verfassung kann sich nur am Leben erhalten, wenn die Demokratie fest in einer *civil society* verankert ist."<sup>125</sup>

### **6.3.2 Zivilgesellschaft und die Konsolidierung der Demokratie in Transformationskontexten**

Welche besondere Bedeutung kommt einer Zivilgesellschaft weiterhin innerhalb des Transformationsprozesses der postkommunistischen Reformstaaten zu? In der Transformationsforschung wird zunehmend die Rolle herausgehoben, die die Entwicklung zivilgesellschaftlicher Strukturen im Rahmen der zweiten Transition für das Gelingen der Demokratisierung spielt.

Während die Macht vom alten autoritären Regime zu durch demokratische Wahlen legitimierten politischen Kräften übergegangen ist (erste Transition), muß die Demokratie nun als ein konsolidiertes politisches System institutionalisiert werden (zweite Transition). Es wird allgemein davon ausgegangen, daß die Existenz einer entwickelten Zivilgesellschaft einen positiven Beitrag für die Konsolidierung und spätere Dauerhaftigkeit der neuen post-diktatorischen Demokratien zu leisten vermag, wenn auch nicht (allein) kausal.

Bei den spezifischen Funktionen intermediärer Einheiten in Transformationsgesellschaften und ihren positiven Konsequenzen für die demokratische Konsolidierung handelt es sich im Prinzip um die gleichen Funktionen, die auch in den westlichen Demokratien von den dortigen Zivilgesellschaften erfüllt werden. Allerdings kommt ihnen, wie wir sehen werden, in Transformationsgesellschaften wegen der vorhandenen Problemlagen eine spezifische Bedeutung zu. Dies soll anhand dreier Funktionskomplexe noch einmal vertieft werden.

#### **6.3.2.1 Zivilgesellschaft und Interessenvermittlung**

Die Menschen in den neuen Demokratien Mittel- und Osteuropas haben schon bald die Erfahrung machen können, daß Demokratie auch Konflikt bedeutet. In demokratischen Gesellschaften konkurrieren unterschiedliche Interessen und widersprüchliche Gesellschaftskonzeptionen um die Berücksichtigung im Politikprozeß. Dabei verlaufen die Interessengegensätze entlang der in der Bevölkerung vorhandenen Konfliktlinien. Über die Konflikte und die Balance der widerstreitenden gesellschaftlichen Akteure bildet sich stets aufs neue ein bestimmtes Kräfteparallelogramm.

Eine Vermittlung von Interessen kann über verschiedene Wege geschehen. An erster Stelle sind Parteien zu nennen, deren wesentliche Funktion in der Repräsentation von Interessen bzw. Präferenzen liegt. Hierbei transformieren sich gesellschaftliche Interessen über Parteienkonkurrenz und allgemeine Wahlen in politische Macht. Komplementär hierzu besitzen organisierte Interessengruppen die Möglichkeit, Einfluß auf die Politikformulierung zu nehmen, indem sie beispielsweise konsultativ auf den parlamentarischen Prozeß einwirken. Schließlich stehen gesellschaftlichen Gruppen auch die Option des politischen Protestes offen, um ihre Interessen in die politische Öffentlichkeit einzubringen und somit Einfluß auf etablierte Institutionen auszuüben.

---

<sup>125</sup> Dahrendorf 1991, 257.



Intermediäre Einheiten sorgen somit für eine Rückkopplung zwischen Staat und Gesellschaft, so leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Verfestigung von demokratischen Willensbildungs- und Konfliktlösungsmechanismen. Für die Stabilität des demokratischen Systems ist es dabei entscheidend, daß auf Dauer keine relevanten Interessen ausgeblendet werden. Der Grad der Zivilgesellschaft eines Landes ist daran abzulesen, in welchem Maße es intermediären Einheiten gelingt, die Interaktionen zwischen Individuum/Firma und dem Staat zu kanalisieren.<sup>126</sup> Auf die Dauer bilden sich jeweils ganz verschiedene Systeme der Interessenvermittlung heraus, die sich zwischen den idealtypischen Kategorien Pluralismus und Korporatismus bewegen.

In den post-kommunistischen Staaten stellt sich das Problem, daß als Folge der politischen und ökonomischen Transformation bis heute ein tragfähiger politischer Pluralismus fehlt, der soziale Interessen vermitteln könnte. Dieser muß solange fehlen, wie die alten Konfliktlinien nicht durch neue Konfliktlinien ersetzt werden, die wiederum soziale Interessen generieren. Erst dann kann es zu einer „institutionalisierten“ Zivilgesellschaft der Interessenvertretung bzw. der Interessengruppen kommen. Verschieden Autoren betonen die herausragende Rolle von ökonomischen Interessen für den Konsolidierungsprozeß.<sup>127</sup> Nach ihrer Auffassung kristallisieren sich bis zum heutigen Tage die elementarsten und dauerhaftesten Konfliktlinien einer Gesellschaft entlang von Auseinandersetzungen um Eigentum, Wohlstand und die Organisation von Produktion.<sup>128</sup> Das im Zuge der Transformation stattfindende Rearrangement von ökonomischen Interessen wurde von Wesolowski <sup>129</sup> theoretisch konzeptionalisiert und in vier Subprozesse unterteilt:

- (1) die ökonomische Transformation negiert viele der unter dem alten System bestehenden Interessen;
- (2) neue, den neuen ökonomischen Strukturen entsprechende Interessenkonstellationen entstehen;
- (3) einige der alten Interessen werden konserviert und vom alten in das neue System weitergegeben;
- (4) bestimmte alte Interessen werden den neuen Umständen entsprechend modifiziert.

Das Hauptproblem für die "Institutionalisierung" einer Zivilgesellschaft liegt in der mangelnden Mobilisierung von Gruppen, ihre marktorientierten ökonomischen Interessen aktiv zu vertreten. In der Folge der ökonomischen und politischen Transformation kam es zu einer Neuformierung der gesellschaftlichen Schichtung, die sich in starken Veränderungen von Status, Macht sowie Wohlstand niederschlug und bis heute nicht abgeschlossen scheint. Obwohl durch die Veränderungen des Wohlstands unterschiedlicher Gruppen eigentlich ein neues Potential für soziale Mobilisierung heranwächst, kommt dieses noch nicht zu tragen; sei es, weil die Basis dieser Gruppen noch zu instabil ist, weil die Organisierung der Interessen

---

<sup>126</sup> Schmitter 1993, 2.

<sup>127</sup> Bernhard 1996, Grabowska 1995, Schmitter 1993, Wesolowski 1994.

<sup>128</sup> Schmitter (1993, 2) vertritt sogar die Überzeugung, daß eine Konsolidierung von Demokratien unmöglich ist, solange die genannten ökonomischen Interessen nicht auf einer stabilen Basis in das politische System "inkorporiert" worden sind.

<sup>129</sup> Wesolowski 1994, 278-80.

noch aussteht oder weil die Kanäle für deren Vermittlung in den Politikprozeß nicht funktionieren. Schließlich sind soziale Interessen nicht gegeben, sondern werden auf dem Verhandlungswege und im öffentlichen Diskurs gesellschaftlich konstruiert.

Die Situation in den post-kommunistischen Gesellschaften zeigt denn auch, daß eine "Institutionalisierung" von Zivilgesellschaft noch in den Anfängen steckt. Angesichts der Tatsache, daß organisierte Interessengruppen erst im Entstehen begriffen sind, wird die Repräsentation bzw. Vermittlung von Interessen beinahe ausschließlich von den politischen Parteien wahrgenommen. Ferner läßt sich eine Überrepräsentation von einigen dominanten Interessen beobachten, die häufig auf guten Verbindungen zur Macht gründen.

### 6.3.2.2 Zivilgesellschaft und Partizipation

Unter Partizipation werden in demokratisch verfaßten Ländern alle Tätigkeiten verstanden, die Bürger freiwillig mit dem Ziel unternehmen, Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems zu beeinflussen. Formen der Partizipation können danach unterschieden werden, ob sie direkt (auf eine bestimmte Entscheidung gerichtet), indirekt (generalisiertes Handlungsmandat bei Wahlen), institutionell verfaßt (z.B. Bürgerbegehren) oder nicht verfaßt sind (z.B. Bürgerprotest) und auf welche Ebene des politischen Systems sie abzielen.<sup>130</sup>

Die Bereitschaft zur politischen Partizipation ist die absolute Grundvoraussetzung der Zivilgesellschaft, die, wie Adam Ferguson bereits 1767 feststellte, „only of human action but not of human design“ entstehen kann<sup>131</sup>. Was bewegt die Bürger, über die Vertretung ihrer Partikularinteressen hinaus aktiv zu werden? Bei den Klassikern besaß die Zivilgesellschaft auch immer den Aspekt der Entstehung eines Wir-Bewußtseins. Auch heute sehen verschiedene Autoren das Besondere der Zivilgesellschaft im Vorhandensein eines „zivilen“ Grundkonsenses, einer Solidaritätskomponente oder eines Bürgersinnes. „Zivilität in diesem Sinne ist die Anerkennung einer Verpflichtung, neben den eigenen Interessen zumindestens bis zu einem gewissen Grade auch das Gemeinwohl oder die Gesamtgesellschaft zu berücksichtigen“.<sup>132</sup>

Partizipation und Zivilgesellschaft stehen in einem engen Wechselverhältnis und bedingen sich gegenseitig. Das Fehlen der partizipatorischen Dimension der Zivilgesellschaft ist eine der wesentlichen Ursachen für die in den Transformationsgesellschaften bestehenden Legitimations- und Konsolidierungsprobleme. Die dortigen Bevölkerungen sind in eine politische Apathie verfallen, die ihren Ausdruck in der geringen Bindekraft von Parteien und niedrigen Wahlbeteiligungen findet. Hierfür sind in erster Linie die ökonomischen und sozialen Verwerfungen der Transformation verantwortlich zu machen. Die Menschen sind ganz einfach zu sehr mit ihren eigenen Problemen beschäftigt, um sich für gesellschaftliche Interessen stark zu machen. Als weitere Ursachen der Apathie können die fortdauernde Atomisierung der Gesellschaft (Post-Totalitarismus) sowie die Tatsache, daß viele Menschen noch nicht ihren „Platz“ in der neuen Wirklichkeit gefunden haben, genannt werden.

---

<sup>130</sup> Vgl. von Alemann 1975, 79-86.

<sup>131</sup> Ferguson 1966, 122.

<sup>132</sup> Shils 1991, 15.

Diese Situation könnte durch die Stärkung der Zivilgesellschaft überwunden werden. Intermediäre Einheiten führen zu einer Ausdifferenzierung des vorstaatlichen Raums und öffnen neue gesellschaftspolitische Handlungsfelder für die Bürger. Ihre Existenz motiviert sie zum Handeln und dazu, sich nicht mehr auf den Staat zu verlassen. Auf diese Weise nehmen intermediäre Einheiten eine identitätsstiftende Funktion wahr.

Damit dies alles geschieht, muß jedoch das bestehende, zivilgesellschaftliche Dilemma durchbrochen werden. Einerseits setzt die Entstehung einer Zivilgesellschaft Bürgersinn und Bürgerpartizipation voraus, beides ist derzeit Mangelware, und andererseits vermögen intermediäre Einheiten wesentlich zur Stärkung von Bürgerpartizipation bzw. Bürgersinn beitragen. Was allerdings, wenn beide Seiten der Medaille zu schwach ausgeprägt sind, um den Prozeß in Gang zu setzen.

### 6.3.2.3 Zivilgesellschaft und die (Teil-)Vergesellschaftung staatlicher Politik

Seit den achtziger Jahren läßt sich in den westeuropäischen Demokratien das Phänomen einer "(Teil-)Vergesellschaftung" staatlicher Politik bzw. des Politikprozesses beobachten.<sup>133</sup> Wir wohnen einer Entgrenzung des Staates bei, in dessen Verlauf sich die klare Trennung zwischen Staat und Gesellschaft - mit dem Staat als höchstem, monopolistischen Steuerungszentrum - auflöst. Eigentliche Motoren vergesellschafteter Politik sind u.a. NGOs, die zum Teil aus Neuen Sozialen Bewegungen hervortraten. Bezeichnenderweise entstanden die Neuen Sozialen Bewegungen im Laufe der siebziger Jahre, also in einer Phase, in der staatliche Planungsillusionen immer deutlicher wurden und zunehmend von der Krise staatlicher Politik und Steuerfähigkeit sowie der Parteienkrise die Rede war. Parallel zur wachsenden gesellschaftlichen Komplexität tritt der Planungsstaat in einigen Politikfeldern zurück und es kommt zur Ausbildung eines "Netzwerkstaates".<sup>134</sup>

Netzwerkstrukturen gewinnen in Politikfeldern an Bedeutung, in denen Problemlösungsressourcen und -potentiale, also die Kapazitäten zur Erkennung von Problemen, zur Erarbeitung von Lösungsmöglichkeiten und Politikprogrammen, zur Festlegung von Politiken und deren Implementierung breit auf eine Vielzahl von privaten und öffentlichen Akteuren verteilt sind. Viele öffentliche Probleme können deshalb nicht mehr ohne die Einbeziehung nicht-staatlicher Akteure (NGOs, organisierte Interessengruppen, private Organisationen, wissenschaftliche Einrichtungen) gelöst werden. Im Rahmen des "Netzwerkstaates" fallen den NGOs neue Funktionen zu, so können NGOs:

- (1) in Problemfeldern tätig werden, die der Staat und das etablierte politische System nicht adäquat oder gar nicht aufgegriffen haben (z.B. Umwelt);
- (2) etabliert werden, um den Staat aus bestimmten Problemfeldern herauszuhalten (z.B. Frauenhäuser)
- (3) öffentliche Aufgaben übernehmen, die ihnen vom Staat delegiert werden (Staatsentlastung) und bei denen sich der Staat auf die Ergebniskontrolle beschränkt (z.B. Entwicklungspolitik);

---

<sup>133</sup> Messner 1996.

<sup>134</sup> Vgl. Ebd., 15-20.

- (4) mit staatlichen Institutionen bei der Problembearbeitung kooperieren, wodurch vorhandenes Wissen und Ressourcen gebündelt werden;
- (5) gegenüber staatlichen Steuerungsansprüchen Kontroll- und Korrekturfunktionen wahrnehmen oder sich als Protestgruppe betätigen.

Kommt der Frage der Teil-Vergesellschaftung von Politik bereits in der westlichen Diskussion hohe Aktualität zu, in der Staatshandeln und -aufgaben auf dem Prüfstand stehen und der "schlanken Staat" in aller Munde ist, so müssen sich die Reformstaaten diesem Fragenkomplex noch dringlicher stellen. Schließlich gilt es, den vom alten System ererbten Staat an die Notwendigkeiten des neuen politischen und wirtschaftlichen Systems anzupassen. Paradoxaerweise erscheint der postkommunistische Staat in seiner derzeitigen Verfassung gleichzeitig als zu schwach und zu stark, wobei beide Phänomene für eine "(Teil-) Vergesellschaftung" von bisher durch den Staat erbrachten Leistungen sprechen.

Die Schwäche des Staates, die primär aus Budgetrestriktionen und dem Verschwinden bestimmter Parteiorganisationen herrührt, führt dazu, daß der Staat in einigen Politikfeldern wie Bildung, Kultur, Sport, Gesundheits- und Jugendpolitik nicht mehr in der Lage ist, frühere Aufgaben wahrzunehmen. Was die vermeintliche Stärke des Staates betrifft, so resultiert sie aus dem Erbe des sozialistischen, allgegenwärtigen Zentralstaats. Weitere Dekonzentrierung des Staates wird zunehmend erwogen, da eine Vielzahl von Aufgaben in Bereichen wie soziale Dienste, Umweltfragen, regionale Entwicklung besser, d.h. günstiger und effektiver, von anderen Trägern übernommen werden kann. Darüber hinaus spielen NGOs eine wesentliche Rolle bei der Wahrnehmung von neuen Problemlagen (Frauenpolitik, Armenfürsorge, Umweltverschmutzung).

Der dringend angeratenen Verbreiterung und (Teil-)Vergesellschaftung des Politikprozesses hin zu NGOs stehen jedoch wesentliche Hürden im Wege. Zum einen haben staatliche Institutionen eine ausgeprägte Tendenz zur Selbsterhaltung und lassen sich einmal ausgeübte Kompetenzen nur ungern entziehen. Zum anderen liegt ein großes Problem in der fortdauernden Staatszentriertheit der Bürger und in deren Glauben an die Omnipotenz des Staates:

„Nach unserer Auffassung ist es die Pflicht des Staates, für uns zu denken und alle nur erdenklichen Probleme zu lösen. Wir reden und schreiben über die Zivilgesellschaft, über den demokratischen Staat, dabei sind wir weiterhin eine verstaatlichte Gesellschaft. Und zwar in dem Sinne, daß wir unser Schicksal eher der Fürsorge und Alimentation durch den Staat als unserer eigenen Energie anvertrauen. Und wir widersetzen uns sogar den Versuchen, dieses Korsett von uns abzuschütteln.“<sup>135</sup>

### **6.3.3 Mögliche von der Zivilgesellschaft ausgehende Gefahren für die Demokratie**

Dennoch ist Zivilgesellschaft nicht gleichbedeutend mit Demokratie. Schmitter zufolge sind auch negative Einflüsse von Zivilgesellschaft auf die Demokratie bzw. Demokratisierung denkbar. Diese Gefahr besteht besonders während der Konsolidierungsphase, wo neue demokratische Strukturen noch nicht fest verwurzelt sind. Auf diese "dunklen Seiten der Zivilgesellschaft" weisen auch Lauth/Merkel hin. Auch hier besteht wiederum ein

---

<sup>135</sup> Paszyński, 1997.

Zusammenhang mit der jeweiligen Ausgestaltung einer Zivilgesellschaft. Die diesbezüglich wichtigsten Punkte seien kurz benannt:

- Mit zunehmender Ausdifferenzierung der gesellschaftlichen Interessenlagen findet auch eine Aufsplitterung der Zivilgesellschaft in mehrere "Zivilgesellschaften" statt. Vorhandene cleavages und Gräben innerhalb der Gesellschaft werden u.U. verstärkt. Oft gibt es dann Tendenzen zur Abschottung, wo solche Gräben nicht mehr durch Gemeinwohlorientierung überbrückt werden und es stattdessen die Neigung zum Partikularismus gibt (Proporz-Demokratie).
- Hierbei kann sich leicht eine ungleiche Verteilung von Einfluß einschleichen. Schmitter: "The interest group chorus in the US sings in an upperclass accent"<sup>136</sup>. Es besteht die Gefahr, daß derartige Entwicklungen obskure Kompromißfindungsprozesse begünstigen, die am Ende zu unerwünschten Ergebnissen führen.
- Andererseits besteht gerade in den osteuropäischen Transformationsstaaten aber auch die Gefahr einer nostalgischen, rückwärtsgewandten Blockadehaltung gegenüber wirtschaftlichen Reformprojekten. "Civil society can make the formation of majorities more difficult, lengthy and precarious, thereby lowering the legitimacy of democratic governments."<sup>137</sup>
- Aufgrund konkreter Enttäuschungen werden zum Teil Denkmuster aus der Zeit des antagonistischen Kampfes der Zivilgesellschaft gegen den Staat auch unter den veränderten Rahmenbedingungen beibehalten, mit der Folge von Mißtrauen gegenüber demokratisch legitimierten Staatsorganen, Frustration und Politikverdrossenheit, die vereinzelt sogar gewaltsame Reaktionen hervorrufen können.

Lauth/Merkel weisen zudem darauf hin, daß keineswegs alle Organisationen der Zivilgesellschaft auch in ihren Binnenstrukturen demokratisch sind und damit nicht unbedingt "Schulen der Demokratie" wie etwa die Katholische Kirche in Polen oder militante Organisationen der südkoreanischen Studentenbewegung.<sup>138</sup>

## **6.4 Folgen für den Begriff der Zivilgesellschaft und die Zivilgesellschaftsforschung**

### **6.4.1 Zivilgesellschaft als analytischer Begriff?**

Zusammenfassend können wir also festhalten, daß der Zivilgesellschaft in allen drei Phasen der Transition unterschiedliche Funktionen zukommen. Davon abhängig nimmt sie selbst jeweils verschiedene Gestalten an. Was heißt dies für den Begriff Zivilgesellschaft selbst? Mit einheitlich festgelegtem Inhalt gäbe der Begriff mitunter nur ein äußerst schwer handhabbares Analyseinstrument ab. Nötig wäre demnach ein dynamischer Zivilgesellschaftsbegriff.

---

<sup>136</sup> Nach Schmitter 1993, 11.

<sup>137</sup> Ebd.

<sup>138</sup> Lauth; Merkel 1997, 29f.

Andererseits hat es uns die Aufgliederung der Zivilgesellschaft in drei wesentliche Funktionskomplexe zwar erlaubt, zwischen unterschiedlichen Dimensionen von Zivilgesellschaft zu unterscheiden. Gleichzeitig kam es aber zur Zerfaserung und Verwischung des Gegenstandes der Zivilgesellschaft. Während die Interessenvertretung in der Regel von organisierten Interessengruppen wahrgenommen wird, sind es eher die Neuen Sozialen Bewegungen, die auf verbesserte Partizipation hinzielen und die Organisationen des Dritten Sektors, die die Motoren für die (Teil-) Vergesellschaftung von staatlicher Politik abgeben.

Wir müssen mithin feststellen, daß wir uns in einem unübersichtlichen empirischen und semantischen Feld bewegen. Eine Fülle von Begriffen findet unscharf Verwendung. Es darf sein, was beliebt: Interessengruppen, Nicht-Regierungsorganisationen, Dritter Sektor, Initiativen, Netzwerke, Bewegungen, Non-Profit-Organisationen usw. In der Literatur bezeichnen diese Begriffe nicht immer gleiche Sachverhalte und nicht immer werden verschiedene Sachverhalte auch mit verschiedenen Begriffen belegt. So besitzt der Begriff NGOs den Charakter "eines großen Abfallkorbs", in dem alles mögliche versammelt wird.<sup>139</sup> Als Konsequenz dieses Begriffsverwirrspiels werden zivilgesellschaftliche Untersuchungen natürlich nicht gerade vereinfacht. Im Grunde faßt der Begriff der Zivilgesellschaft zu viele Phänomene und Elemente in sich, als daß man sie empirisch messen könnte. Wie wollte man etwa die Stärke einer Zivilgesellschaft messen?

Vor dieses Problem gestellt, wählten die Autoren, die bisher eine zivilgesellschaftliche Analyse der Transformationsgesellschaften unternommen haben, jeweils einen bestimmten Ausschnitt aus. So will Bernhard (1996) die Fortschritte in der Entwicklung der Zivilgesellschaft an der Privatisierungsquote und an der Beschäftigtenzahl im privaten Sektor ablesen. Christiane Lemke (1997), und mit ihr Ekiert und Kubik, untersuchen das Protestverhalten, um Aufschlüsse über die Zivilgesellschaft zu erhalten. Und Ners und Buxell (1995) verweisen auf die Zahl der existierenden NGOs. In keinem dieser Aufsätze wird wirklich Zivilgesellschaftsforschung angestellt, was den Verdacht nahelegt, daß für das Entstehen einer solchen Richtung schlicht der Gegenstand fehlt bzw. die einzelnen Dimensionen auch anders abgedeckt werden könnten. Schließlich dreht es sich in den Untersuchungen um Protestverhalten, Partizipationsverhalten, also Politische-Kultur- und Dritte-Sektor-Forschung.

Es bleiben zwei Dinge: Zum einen die von vielen geteilte Überzeugung, daß eine entwickelte Zivilgesellschaft für die Stabilität von politischen Systemen und insbesondere für die Konsolidierung von neuen Demokratien wichtig sei. Und zum anderen die Frage, wie man das wissenschaftlich untermauern möchte?

#### **6.4.2 Zivilgesellschaft als wertneutraler Begriff?**

Hält man dennoch an der Zivilgesellschaft als Analyseinstrument fest, so wird man also kaum an der normativen Gretchenfrage vorbeikommen. Wie gegensätzlich das Konzept der Zivilgesellschaft interpretiert und wie unterschiedlich die Rolle der Zivilgesellschaft innerhalb der Transformationsprozesse beurteilt werden kann, zeigt eine Fernsehdiskussion zwischen dem tschechischen Präsidenten Vaclav Havel und dem tschechischen Ministerpräsidenten

---

<sup>139</sup> Rucht 1996, 31.

Vaclav Klaus vom 25. Mai 1994<sup>140</sup>. Die beiden Politiker bestätigen noch einmal, daß das jeweilige Verständnis der Zivilgesellschaft von normativen und demokratietheoretischen Grundannahmen abhängt.

Wir haben gesehen, daß ein positiver Impuls auf den sozialen Dialog einer Gesellschaft durch Pluralismus und Differenzierung allein keineswegs garantiert ist, besonders nicht in Neo-Demokratien, in denen kurzfristige und egoistische Berechnung unter Bedingungen hoher Unsicherheit, weniger aber die Orientierung auf ein langfristiges Gemeinwohl verbreitete Denk- und Verhaltensweisen sind. Gerade in Ausrichtung auf letzteres müßte also eigentlich der positive Beitrag zu schaffender Zivilgesellschaften bestehen. Dies ist auch vor dem Hintergrund der Begriffsgeschichte naheliegend. Hierzu noch einmal Taylor:

"Jede Definition der civil society in der Bedeutung (1), die sie einfach mit dem Vorhandensein freier, von staatlicher Bevormundung freier Vereinigungen gleichsetzt, wird dem historischen Begriff nicht gerecht. Dieser definiert ein Muster von öffentlichem gesellschaftlichem Leben und nicht nur ein Sammelsurium privater Enklaven."<sup>141</sup>

Untersucht man also das Verhältnis von Zivilgesellschaft und Demokratie, so ist im Grunde nicht die Zivilgesellschaft der Untersuchungsgegenstand, sondern Freiheit und Demokratie als die durch das Prisma der Zivilgesellschaft zu untersuchenden Größen. Die Frage müßte dann mit Charles Taylor lauten, "welche Rolle der Begriff der *civil society* bei der künftigen Verteidigung der Freiheit zu spielen" habe.<sup>142</sup>

Entweder man bleibt bei einem wertneutralen Zivilgesellschaft-Begriff, der dann mehr oder weniger identisch mit Gruppenpluralismus und Differenzierung bzw. Zersplitterung wäre (und damit überflüssig), sich dann aber eben nicht unbedingt demokratisch konstruktiv verhielte, oder aber man akzeptiert, daß Zivilgesellschaft wie auch Demokratie nun einmal nicht ohne ein Minimum an normativen Grundlagen auskommen - neben der Akzeptanz von Mitteln friedlichen Konfliktaustrags etwa die Gemeinwohlbindung der zivilgesellschaftlichen Gruppen. Die Positionen von Havel und Klaus lassen sich der zuvor dargestellten "emphatischen" bzw. "moderaten" Variante der Zivilgesellschaft zuordnen.

## **7 Chancen der Zivilgesellschaft in Osteuropa**

Vor dem Hintergrund der oben benannten Ambivalenzen soll abschließend noch ein Blick auf Chancen und Voraussetzungen von Zivilgesellschaft im östlichen Europa geworfen werden. Sie werden unterschiedlich beurteilt.

### **7.1 Historische Voraussetzungen von Zivilgesellschaft in Osteuropa**

„During the decade that has passed (...) Russia has experienced momentous changes and dramatic twists of history. Unfortunately, the emergence of a robust civil society cannot be numbered among these developments. Zwar erlebte es the rise of myriad organizations growing out of social movements, most of which focused their energies on bringing down the communist regime and ushering in some form of democracy. Aber few if any of these groups managed to assume genuine intermediary functions. (...) Most of the groups that spearheaded the democratic movement during communism's twilight have not fared well

---

<sup>140</sup> Havel; Klaus; Pithardt 1996.

<sup>141</sup> Taylor 1991, 72.

<sup>142</sup> Ebd., 78. Vgl. auch Dahrendorf ..."in Europa war und ist die Bürgergesellschaft die entscheidende Säule der Freiheit", Dahrendorf 1991.

in the post-Soviet setting. Many have weakened and fragmented, or even disappeared altogether. (...) Newer organizations have arisen, though many of them ... cannot be regarded as elements of a civil society."<sup>143</sup>

Die "geistige" Situation der osteuropäischen Transformationsgesellschaften wird von Dahrendorf mit derjenigen im Deutschland der dreißiger Jahre verglichen: Statt freiwilliger Teilnahme von Staatsbürgern sehe man eine "totale Mobilisierung atomisierter Individuen". Waren im Deutschland der Weimarer Republik "die meisten Erwachsenen zur einen Hälfte Bürger und zur anderen Hälfte nach wie vor Untertanen", so hatten sich auch "in Rußland bis 1917 erst rudimentäre Ansätze einer civil society gebildet und in den meisten außerrussischen Regionen, die später zur Sowjetunion gehören sollten, stand es kaum besser. (...) Unter diesen Umständen traf der Behemoth der NS-Herrschaft (in Deutschland) auf wenig Widerstand."<sup>144</sup>

Selbst Lenin hatte in seinen Spätschriften die "Kulturlosigkeit Rußlands als gravierende Gefahr für das bolschewistische Projekt" beklagt.<sup>145</sup> Als Ursache der heutigen Sachlage wird denn auch am häufigsten die soziale Struktur Rußlands genannt. Abgesehen davon, daß "die Entwicklung einer unabhängigen Adelsklasse, freier Städte und damit eines Regimes von 'Ständen' in entscheidenden Augenblicken von der Staatsbildung Iwans des Schrecklichen und später von Peter dem Großen unterbrochen wurde" und es "in der orthodoxen Tradition niemals eine von der politischen Gewalt wirklich unabhängige Kirche, ein zentrales Element der westlichen Entwicklung, gegeben hat"<sup>146</sup>, sind die vorrevolutionären "cleavages" bekanntlich durch den Sozialismus zerstört worden. Die Bildung neuer Klassen und Schichten indes ist ein länglicher Prozeß.

Der Stalinismus bedeutete die absolute Negierung all dessen, worauf eine Zivilgesellschaft beruht. Zum ersten wurden alle politischen und sozialen Organisationen zerstört, aus denen eine potentielle Bedrohung für die Partei hätte erwachsen können. Darüber hinaus ersetzten Parteiorganisationen, die die Überwachung der Gesellschaft gewährleisten sollten, die bestehenden selbständigen intermediären Organisationen. Und schließlich ließen Kollektivierung und Planwirtschaft im Prinzip keinen Platz für eigenverantwortliches Wirtschaften und freies Unternehmertum. Je totalitärer die Regime im jeweiligen Land waren, desto dramatischer die Folgen für die (Zivil-) Gesellschaften.

Selbst wenn die post-stalinistischen Regierungen mehr Freiräume zuließen (z.B. katholischen Organisationen in Polen), so zeichneten sich die sozialistischen Gesellschaften weiterhin durch einen, im Vergleich zu anderen autoritären Regimen, geringen Grad an sozialem Pluralismus aus. Darüber hinaus verstärkte die Dauerhaftigkeit der kommunistischen Regime, die wenigstens 40 Jahre und in Rußland über 70 Jahre Bestand hatten, die Folgen des Post-Totalitarismus. All dies führte zum Rückzug der Menschen in die Familie und zur Atomisierung der Gesellschaft.

---

<sup>143</sup> Fish 1994, 31f.

<sup>144</sup> Dahrendorf 1991, 248.

<sup>145</sup> Ebd., 73.

<sup>146</sup> Taylor 1991, 59.



## 7.2 Aktueller Stand und Defizite der Zivilgesellschafts-Entwicklung

1989 waren die Gesellschaften Mittel- und Osteuropas, im Unterschied zu Staaten in Lateinamerika oder Südeuropa, wo im Zuge der Transition an Zivilgesellschaften, die vor den autoritären Regimen bestanden hatten, angeknüpft werden konnte, in viel stärkerem Maße durch die kommunistische Herrschaft beschädigt worden. Bernhard benennt diese spezifische Problemlage der postkommunistischen Transitionen als *post-totalitarism*.<sup>147</sup> Mit Ausnahme von Polen und in geringerem Maße Ungarns, die eine frühzeitigere Aufweichung des allumfassenden Herrschaftsmonopols des Partei-Staates gekannt haben, war die klassische Zivilgesellschaft, die sich dadurch auszeichnet, daß sich kleinere Gruppen von Menschen selbst um ihre Angelegenheiten und Interessen kümmern, in den postkommunistischen Gesellschaften quasi nicht existent.

Die im Westen unter dem Eindruck der Bürgerbewegungen verbreitete Vorstellung von der aktiven, starken Zivilgesellschaft in Mittelosteuropa mußte daher selbst für Polen recht bald korrigiert werden. Ein derartiges Bild hatte entstehen können, weil vor 1989 nur höchst unzureichende empirische Kenntnisse über die osteuropäischen Gesellschaften vorlagen und der Fokus der Forschung auf harten Politikfeldern lag.

„In unseren Köpfen hatten wir starke staatliche Systeme mit starken Zivilgesellschaften konfrontiert und erwarteten folglich den Umbruch als gewaltige Eruption. Erst im nachhinein war zu erkennen, daß schwache staatliche Systeme schwachen Zivilgesellschaften gegenüberstanden“<sup>148</sup>

Auch zur oben entfalteten Forderung der Gemeinwohlorientierung sind Defizite offensichtlich. Bronisław Geremek's Beobachtung: "Sie hier im Westen haben uneingeschränkt die liberale Demokratie. Was Sie anstreben, sind die anderen Elemente: Brüderlichkeit, Solidarität, Gemeinschaft. Bei uns im Osten ist es genau umgekehrt: Gemeinschaft und Solidarität, das haben wir; was wir anstreben, ist die Demokratie"<sup>149</sup> kommentiert von Beyme mit der Bemerkung, osteuropäischer Gemeinschaftsgeist sei "an Frugalität und Unterdrückung gebunden" gewesen. "Die Ellenbogengesellschaft, die der Marktschock auslöste, ließ die Solidarität der Individuen unter das im Westen übliche Maß sinken. Hauptproblem der Transformationsgesellschaften ist es gerade, daß sie dieses Wir-Gefühl erst wieder schaffen müssen." Notwendig sei die Entstehung eines freien Wir-Bewußtseins, eines zivilen Grundkonsenses.<sup>150</sup> Dubiel folgert daraus: „Wir müssen daher - paradoxerweise - in den postkommunistischen Ländern von der Konstruierung der Civil Society sprechen, von deren systematischen Aufbau oder Wiederaufbau. Wir müssen einen unterdrückten oder versäumten Prozeß künstlich nachholen.“<sup>151</sup>

## 7.3 Perspektiven von Zivilgesellschaften in Ostmitteleuropa und Rußland

"It is time to recognize that the whole Soviet pattern of modernization is a failed and even pathological one, endangering for some time to come the building of a genuinely modern

---

<sup>147</sup> Bernhard 1996, 314f.

<sup>148</sup> Dubiel 1993, 169.

<sup>149</sup> Geremek 1989, 265.

<sup>150</sup> Von Beyme 1989, 119f.

<sup>151</sup> Szacki 1989, 127.

political culture. A democratic civil society even today is not the only possible outcome of the passing of the Communist regime."<sup>152</sup>

Wie verschieden derartige "outcomes" sein können, zeigt der vergleichende Blick auf die Transformationen in Polen und Rußland. Es dürfte Übereinstimmung dahingehend herrschen, daß "Poland had the most developed civil society in the region at the time of the collapse. (...) Poland's civil society began with a higher level of experience, organization, and coherence." Obwohl jedoch verschiedene Faktoren die polnische Zivilgesellschaft nach 1989 geschwächt haben, ist Michael Bernhard davon überzeugt, daß "many of the factors that contributed to the weakening after the first transition are only temporary. Others... are not insuperable. (...) The process of the adaptation of civil society to pursuing its interests through the mechanisms of a democratic state has been slow", aber die Lage insgesamt ist nicht hoffnungslos. "The way to overcome the potentially enfeebling effects... on civil society is through continuation of reform".<sup>153</sup>

Die Perspektiven von Zivilgesellschaft im heutigen Rußland untersucht Andrew Arato in seinem Aufsatz von 1993. Die Ansicht, daß "the 'Gorbachev phenomenon' can be attributed to the pressure and activity of an organized society from below which has long preexisted the actual reforms" erscheint ihm irrig. Vielmehr habe es vor Gorbatschow keine unabhängigen Bewegungen, also auch keine Zivilgesellschaft und "even in the early Gorbachev period a very low level of independent social organizations" gegeben. Daher rührten "instability and risks of the processes which we currently experience". Arato warnt davor, zu unterschätzen, wieviel gerade im Bereich der politischen Kultur noch zu tun bleibe. Anders als in Polen sei "soviet civil society initially so underdeveloped that a series of measures from above was required" - für Nadešda Mandelštam eigentlich nichts Neues: "In Russia everything always happens at the top."<sup>154</sup> Mit jenen "measures from above" dürfte Arato die stockende Einführung verschiedener konstitutioneller Elemente zur schrittweisen Abkehr von der sozialistischen Staatlichkeit in Rußland gemeint haben. Jedoch war es "einer der großen Fehler, den viele Staatsmänner und Politikwissenschaftler begangen haben, schon von Demokratie zu sprechen, wenn allein die formalen Strukturen einer Demokratie gegeben waren. Aber (die Existenz demokratischer Wahlen und eines pluralen Parteiensystems, d.Verf.) garantiert keineswegs, daß die Menschen ihre politischen Rechte auch tatsächlich ausüben, ihre politischen Interessen verfolgen und an der politischen Willensbildung gleichberechtigt teilnehmen können."<sup>155</sup>

Den Fehler, vor dem Diamond warnte, begeht offenbar auch Alexander Ju. Sungurov, wenn er zum Thema "Realität und Perspektiven von Zivilgesellschaft in Rußland" schreibt, es gebe "keinen Grund für besonderen Pessimismus", da ja die Demokratie formal eingeführt und Wahlvorgänge mittlerweile etwas Alltägliches geworden seien. Seiner Meinung nach ist "die Stärkung der demokratischen Institutionen und Prozeduren ausreichende Garantie für den

---

<sup>152</sup> Arato 1993, 314f.

<sup>153</sup> Bernhard 1996, 326. Vgl. zu Polen auch: Lee 1994.

<sup>154</sup> Nadešda Mandelštam, zit. nach: Rose 1994, 21.

<sup>155</sup> Diamond 1995, 35f.

Aufbau der Zivilgesellschaft".<sup>156</sup> Ganz anderer Meinung ist W.N. Kudrjawzew, der etwas umständlich formuliert: "Die Sache ist die, daß wir seit mehr als 70 Jahren keine entwickelte bürgerliche Gesellschaft haben. Allerdings wäre es unrichtig zu behaupten, Rußland hätte während des Sozialismus überhaupt keine bürgerliche Gesellschaft gehabt. Diese Gesellschaft existierte, sie war nur nicht entwickelt."<sup>157</sup> Sehr skeptisch äußert sich auch Steven Fish zu den Chancen von Zivilgesellschaft in Rußland. Er nimmt an, daß "the social structure of Russia will continue to differ substantially from what one finds in either the West or the developing world".<sup>158</sup> Dem schließen sich auch zwei russische Autoren mit der Einschätzung an, "in der postsozialistischen Wirtschaft (gebe) es keine Möglichkeit einer schnellen Herausbildung einer Mittelklasse".<sup>159</sup>

Neben den "broader socioeconomic and political legacies of totalitarian rule" benennt Fish "the decay, corruption, and disorganization of state institutions" als wichtige Gründe für die Schwäche der russischen Zivilgesellschaft. Die Staatsfunktionen seien derart nebulös und die Unterscheidung zwischen Staat und Gesellschaft derzeit so stark verwischt ("blurred"), daß beide ihre jeweilige gegenseitige Autonomie eingebüßt hätten, so daß eine gesellschaftliche Interessenvertretung gegenüber dem Staat erschwert sei und Zivilgesellschaft sich nicht entfalten (flourish) könne.

Unmittelbare Folge der Dysfunktionalität der Staatsfunktionen ist auch ein beängstigender Mangel an Systemvertrauen. Wie Richard Rose betont, ist "trust a necessary condition for both civil society and democracy". Aber "Distrust is a pervasive legacy of communist rule. (...) The result of the pervasive intrusion (of party and state) into every corner of society was massive popular distrust of institutions that repressed rather than expressed people's real views." Das heißt nicht, daß seitens der Bevölkerung unbedingt Vertrauen in eine bestimmte Regierung erforderlich wäre (im Gegenteil!), sondern nur: "citizens should find some institutions in which to place their confidence", denn obwohl "the persistence of distrust in postcommunist societies has done nothing to prevent people from enjoying their newfound freedom from the state, it has stunted the growth of democracy." Hierfür liefert Rose auch empirische Beweise:

"When Russians were asked whether they trusted or distrusted key institutions of civil society, the average respondent expressed distrust of seven out of ten. (...) Television is more trusted than any conventional institution of political representation".<sup>160</sup>

Dieses Mißtrauen erstreckt sich sowohl auf die nationalen wie auf die lokalen Regierungs- und Verwaltungsorgane. An der Spitze der diskreditierten Institutionen stehen die politischen Parteien:

---

<sup>156</sup> Sungurov 1995, 13. Definition: Eine entwickelte Zivilgesellschaft besteht aus freiwilligen Assoziationen/ Vereinigungen von Bürgern, die die Gesetze des Staates annehmen und achten, ihm jedoch nicht erlauben, sich mittels seiner Funktionsträger in ihre unmittelbare Sphäre einzumischen. Ebenda, 5.

<sup>157</sup> Kudrjawzew (Schreibweise im Original) 1995, S. 38. Der Ausdruck "bürgerliche Gesellschaft" ist hier offenbar die wörtliche Übersetzung des russischen "graždanskoe obščestvo", das in den Debatten zum Thema Zivilgesellschaft benutzt wird.

<sup>158</sup> Fish 1994, 36f.

<sup>159</sup> Kurikalov 1996, 13.

<sup>160</sup> Rose 1994, 19-27.

"In general, the citizens of postcommunist Eastern Europe do not trust the parties they vote for. The legacy of distrust is so great that, if forced to choose, a majority of East Europeans would prefer weak and ineffective government to strong government."<sup>161</sup>

Dem scheint allerdings ein anderer Befund Fishs zu widersprechen, demzufolge "the least distrusted institutions in Russian society are those concerned with the maintenance of order - namely, the army, the criminal courts, and the state security service (formerly the KGB)".<sup>162</sup>

Natürlich wäre Vertrauen in Institutionen oder zumindest in herausragende Persönlichkeiten gerade in einer Übergangsphase besonders wichtig. Fish zieht aus alledem den Schluß: "Lacking a richer and more differentiated civil society, democratic consolidation has no hope in Russia. The best possible outcome will be the persistence of a crisis-prone democracy by default." Gleichwohl sind "trustworthy institutions the fruit of a long and positive history of cooperation and accommodation".<sup>163</sup> Welche Möglichkeiten oder Strategien wären denkbar, um diesen Prozeß zu unterstützen oder zu beschleunigen?

#### **7.4 Mögliche Strategien für den (Wieder-)Aufbau von Zivilgesellschaften**

In Anlehnung an die Frage Dahrendorfs: "Wie können wir eine civil society in Ländern schaffen, wo sie vernichtet wurde oder noch nie bestanden hat?"<sup>164</sup> wenden wir uns abschließend der Frage zu, wie ein Wiederaufbau der Zivilgesellschaft in den mittel- und osteuropäischen Transformationsgesellschaften konkret vonstatten gehen könnte. Von den denkbaren Strategien haben sich einige bereits als wenig erfolgreich erwiesen.

**1.Strategie:** Zivilgesellschaft bildet sich aus den Resten der ethischen Zivilgesellschaft.

Man könne an die vorhandenen zivilgesellschaftlichen Strukturen anknüpfen. Diese erwiesen sich aber als zu rudimentär und zu sehr der Logik der alten Verhältnisse verhaftet, als daß sie unter den neuen Bedingungen hätten tragfähig sein können.

**2. Strategie:** *civil society* als als Produkt der *economic society*.

Die Wirtschaftsreformen würden quasi automatisch eine neue Sozialstruktur und Interessengruppen hervorbringen, die dann einen Prozeß der gesellschaftlichen Selbstorganisation anstoßen würden. Dies erwies sich als falsch, da die Menschen zum einen als Wirtschaftsbürger nur profitorientiert und egoistisch handelten und zum anderen eine neue Sozialstruktur samt sozialer Interessen auf sich warten ließ.

**3. Strategie:** Zivilgesellschaft als Konsequenz der Demokratie.

Auch diese Annahme erwies sich als zu kurz gedacht. Formale Freiheiten und Rechte können nur einen Rahmen für die freiwillige Initiative von Bürgern abgeben. Ob die Menschen diesen Raum nutzen, sich organisieren, am öffentlichen Leben teilhaben und sich über ihre privaten Belange hinaus auch für andere Felder engagieren, ist eine ganz andere Frage.

**4. Strategie:** Zivilgesellschaft als staatliches Projekt.

1989 wurde bereits die Ansicht vertreten, daß in Anbetracht der extrem schwachen Zivilgesellschaften der Staat die Aufgabe übernehmen muß, die Zivilgesellschaft aufzubauen.

---

<sup>161</sup> Ebd.

<sup>162</sup> Ebd.

<sup>163</sup> Fish 1994, 35 und 29.

<sup>164</sup> Dahrendorf 1991, 249.

Schnell zeigten sich jedoch die Grenzen dieser Hoffnung. Erstens verfügt der Staat angesichts der finanziellen Krise nicht über die notwendigen Mittel zur aktiven Unterstützung zivilgesellschaftlicher Strukturen. Zweites tut sich der Staat noch schwer in Nonprofit Organisationen mögliche Kooperationspartner zu erkennen und diesen bestimmte Aufgaben zu übertragen. Drittens sind insbesondere die postkommunistischen Eliten aus politischen Gründen nicht gewillt, die Rolle der NGOs aufzuwerten.

### **5. Strategie:** Zivilgesellschaften als Projekt der ausländischer Hilfsprogramme

Westliche Stiftungen und bilaterale bzw. multilaterale Programme haben seit 1990 die Entwicklung des NGO- /non-profit Sektors als wesentlichen Voraussetzung für den Aufbau demokratischer Gesellschaften angesehen.<sup>165</sup> Die "internationale Zivilgemeinschaft" sprang sozusagen für den unpäßlichen Staat in die Bresche. Durch Schulungsprogramme, Aufbau der organisatorischen Infrastruktur sowie die Teilfinanzierung von lokalen Projekten konnte eine beträchtliche Anschubwirkung erzielt werden. Was passiert allerdings wenn diese Hilfe eingestellt wird?

## **8 Fazit und Ausblick**

"Wer dem Begriff der civil society eine zentrale Stelle in seinem politischen Diskurs einräumt, muß zugleich verführerisch einfache Formeln und schlichte Definitionen zurückweisen. Er wird feststellen, daß civil society keine einheitliche Idee darstellt. (...) Es wird bedeutsame Folgen für unser Bild von der freien Gesellschaft und damit für unsere politische Praxis haben, welche Definition von civil society wir akzeptieren."<sup>166</sup>

Der historische Rückblick auf die Inhalts- und Begriffsgeschichte der "Zivilgesellschaft" hat eine klare Bedeutungsverschiebung von Zivilgesellschaft als einer eminent politischen zur einer unpolitischen Sphäre ergeben. Waren in der Antike "Staat" und "politische Gesellschaft der Bürger" noch identisch, so vollzog sich allmählich, beginnend im Mittelalter, eine Trennung der bürgerlichen (civil) Gesellschaft vom Staat. Während eine Zeitlang zwei Interpretationsstränge nebeneinander verliefen, verlagerte sich die Bedeutung des Attributes "bürgerlich" im 19. Jahrhundert zunehmend von der originär öffentlich-politischen Sphäre des gesellschaftlichen Lebens auf den auf Eigennutz basierenden Teil des privaten Wirtschaftens. Schließlich wurde das System kapitalistischer Produktions- und Sozialordnung als ganzes als "Bürgerliche Gesellschaft" bezeichnet. Aufgrund der sozialen Mißstände dieses Systems wurde Bürgerliche Gesellschaft mehr und mehr zu einem Negativbegriff. Ihre klassenkämpferischen Gegner versuchten, durch eine Wiederannäherung beider Sphären die Zivilgesellschaft zu repolitisieren. Die "historischen und begrifflichen Grundlagen" selbst sind also schon mehr als uneindeutig.

Auch für die Phase des "Revivals" der Diskussion um die Zivilgesellschaft kann weniger von eindeutigen Veränderungen bzw. Weiterentwicklungen des Konzeptes als vielmehr von einer Tendenz zu weiterem normativen Auseinanderfallen des Begriffsverständnisses gesprochen werden. Daher fällt es schwer, ein "schlüssiges theoretisches Konzept" auszumachen. Augenscheinlich sind die bisher zu verzeichnenden Ansätze einer "Theorie der Civil Society" mehr normatives Projekt denn Analysewerkzeuge? Manche Ansätze, die eine qualitative

---

<sup>165</sup> Ners; Buxell 1995.

<sup>166</sup> Nach Taylor 1991, 79.

Weiterentwicklung der kritischen (Demokratie-)Theorie versuchen, erwecken in der Tat bisweilen den Eindruck, das Thema lieber grundsätzlich, d.h. losgelöst von den Herausforderungen gegebener gesellschaftlicher Konstellationen zu behandeln, als sich mit diesen auseinandersetzen zu wollen.

Solchen spezifischen Herausforderungen stellt sich die mit dem Konzept der Zivilgesellschaft arbeitende analytische Transformationsforschung, die die mögliche Rolle von Zivilgesellschaften in Übergangprozessen von autoritären zu demokratisch verfaßten Systemen sowie bei der Konsolidierung von neuen Demokratien untersucht. Als besonders geeignet erweist sich hierzu das von Merkel/Lauth erarbeitete offen-dynamische Konzept von Zivilgesellschaft, demzufolge sich Ausprägung und Funktion der Zivilgesellschaft in Abhängigkeit vom bestehenden Regimekontext verändern, der seinerseits die zivilgesellschaftlichen Akteure und Strukturen mitbestimmt. Transformationsstudien zur Zivilgesellschaft, die mit einem statischen Konzept arbeiten und nicht nach den jeweiligen Kontexten fragen, müssen zwangsläufig Schiffsbruch erleiden.

Die mittelost- und osteuropäischen Transformationsprozesse belegen, daß Ausprägung, Form und Funktion von Zivilgesellschaften für die Zeit vor und nach 1989 strikt zu unterscheiden sind. So veranschaulicht das Beispiel Polen, wie das Konzept der Zivilgesellschaft in den 70er und 80er Jahren für die Zwecke der Opposition zur politischen Strategie der gesellschaftlichen Selbstorganisation umgeformt wurde. Dort nahm ein "ethisches" Modell der Zivilgesellschaft konkrete Form an, dieser fiel eine Schlüsselrolle zu bei der Selbstkonstruierung, Mobilisierung und Einigung der politischen Opposition gegen das bestehende Regime. Als dann im Jahre 1989 diese Funktionen obsolet wurden, verschwand das Phänomen der ethischen Zivilgesellschaft. Hierzu noch einmal Taylor:

"Zum Zweck der Dekonstruktion einer leninistischen Diktatur tut es jede beliebige dieser (Zivilgesellschaft-) Definitionen. Wenn wir uns aber die Frage stellen, wie der Begriff der civil society mit der Freiheit westlich-liberaler Demokratien zusammenhängt, wird die Sache kompliziert." <sup>167</sup>

Von nun an stellte sich die Frage nach Bedeutung und Funktion von Zivilgesellschaften für die Institutionalisierung und Konsolidierung der Demokratie in den postkommunistischen Übergangsgesellschaften. Es ist davon auszugehen, daß das Vorhandensein einer Zivilgesellschaft die Stabilität und Dauerhaftigkeit einer jungen Demokratie positiv zu beeinflussen vermag: Zivilgesellschaft stärkt demokratische Partizipationsgewohnheiten und politische Kultur, befördert eine pluralistische Interessenvermittlung und entlastet durch Übernahme von Staatsaufgaben den schwachen postkommunistischen Staat. Allerdings wirkt die Zivilgesellschaft nicht per se demokratiefördernd. Dies bezeugen eklatante partikularistische Störungen des gesellschaftlichen Interessenausgleichs, wie sie (noch) in den meisten osteuropäischen Kontexten vorkommen. Gerade ein analytisch zu handhabender Zivilgesellschaftsbegriff setzt somit die Vergegenwärtigung der eigenen Grundlagen voraus. Unseres Erachtens muß eine die Demokratie fördernde Zivilgesellschaft einen "zivilen Grundkonsens" beinhalten, der in Demokratie- und Gemeinwohlorientierung der gesellschaftlichen Gruppen besteht. In diesem Sinne bedürfte der Zivilgesellschafts-Begriff also

---

<sup>167</sup> Taylor 1991, 78.

eines bewußten "normativen Zugeständnisses". Oder im Sinne Aratos: Demokratie muß zum Selbstzweck werden. Dann ist die Rückbesinnung auf civil society sinnvoll.

Untersucht man mit dem Analysewerkzeug der Zivilgesellschaft die gegenwärtige Situation in den postkommunistischen Gesellschaften, so stößt man zunächst auf einen Mangel derjenigen historischen und gesellschaftlichen Voraussetzungen, die im Westen zur Entstehung der Zivilgesellschaft beigetragen haben. Freilich müssen historische "Defizite" keine ewigen Fesseln sein. Die Aufgabe des (Wieder-)Aufbaus einer Zivilgesellschaft ist groß, da in den postkommunistischen Ländern ein unterdrückter oder versäumter Prozeß nachgeholt werden müßte. Anfängliche Annahmen, die davon ausgingen, eine Zivilgesellschaft werde sich parallel zu den ökonomischen und demokratischen Reformen von selbst einstellen, erwiesen sich als falsch. Fragt man nach Chancen und Perspektiven für den Aufbau einer Zivilgesellschaft in dieser Region, so fällt die Diagnose für Rußland deutlich schlechter aus als für die ostmitteleuropäischen Länder.<sup>168</sup>

Stichhaltigere Aussagen zum zivilgesellschaftlichen Potential der einzelnen Transformationsgesellschaften sind vorerst schwierig. Die hierzu notwendigen länderspezifischen Studien sind bisher nicht in Sicht. Schließlich fehlen der Meßbarkeit zivilgesellschaftlicher Strukturen die notwendigen operationalisierbaren Kriterien und Indikatoren. Dieser Mangel erklärt, warum Autoren, die sich an empirischen Transformationsstudien versucht haben, stets auf "benachbarte" Forschungsbereiche und dort vorhandene Analyseinstrumente ausgewichen sind (u.a. politische Kultur, Partizipation, NGO-Forschung).

Festzuhalten bleibt, daß der Begriff der Zivilgesellschaft als Analyseeinheit für die Transformationsforschung ein äußerst schwer und nur unter bestimmten Voraussetzungen sinnvoll handbares Instrument abgibt, weshalb allzu großer Optimismus für die sogenannte "Zivilgesellschaftsforschung" nicht angebracht ist. Diesen Befund stützen letztlich auch Behauptungen, die die Stärke des Konzeptes Zivilgesellschaft gerade in seiner "Offenheit" auszumachen glauben.<sup>169</sup>

Was bleibt also? Zum einen die Frage, wie man das Konzept der Zivilgesellschaft empirisch schlüssig untermauern und methodisch eindeutig von benachbarten (zum Teil inkorporierten) Disziplinen oder Forschungsbereichen abgrenzen möchte, zum anderen aber auch die Überzeugung, daß eine entwickelte Zivilgesellschaft für die Stabilität von politischen Systemen und insbesondere für die Konsolidierung neuer Demokratien einen entscheidenden Beitrag zu leisten vermag. Oder mit den Worten Tocquevilles:

„... daß freiwillige Zusammenschlüsse für jeden erdenklichen Zweck etwas Wertvolles sind. Doch beruht ihre besondere Bedeutung darin, daß sie uns an den Geschmack und die Übung der Selbstbestimmung gewöhnen. Und darum sind Vereinigungen zu politischen Zwecken unabdingbar. In demokratischen Ländern ist die Wissenschaft der Vereinigung die Mutter jeder Wissenschaft.“<sup>170</sup>

---

<sup>168</sup> Zu Rußland wäre die gesamte "3. Sektor-Forschung" einschlägig, für die hier nur exemplarisch einige Titel genannt werden können: Strategia 1992-1996, Belyaeva 1994; Gordin 1996, Pustyncev 1995, Lepekhin 1995.

<sup>169</sup> Vgl. Kößler; Melber 1993.

<sup>170</sup> Tocqueville, nach Taylor 1991, 77f.

## 7 Literaturverzeichnis

- Alemann, Ulrich von (Hg.) (1975), Partizipation - Demokratisierung - Mitbestimmung, Opladen.
- Arato, Andrew (1981), Civil Society Against the State. Poland: 1980-81, in: *Telos*, 47, 23-47.
- Arato, Andrew (1981/82), Empire vs. Civil Society: Poland 1981-82, in: *Telos*, 50, 19-48.
- Arato, Andrew (1989), Civil Society, History and Socialism, in: *Praxis International*, 9, 133-151.
- Arato, Andrew (1990), Revolution, Civil Society und Demokratie, in: *Transit*, 1, 110-126.
- Arato, Andrew (1993), From Neo-Marxism to Democratic Theory: Essays on the Critical Theory of Soviet-type Societies, New York.
- Arato, Andrew; Cohen, Jean (1989), Politics and the Reconstruction of the Concept of Civil Society, in: Axel Honneth (Hg.), *Zwischenbetrachtungen*, Frankfurt/Main, 482-503.
- Aristoteles, Politik (1989), Stuttgart.
- Ash, Timothy Garton (1985), The Polish Revolution. Solidarity, New York.
- Belyaeva, Nina (1993), Russian Democracy: Crisis as Progress, in: *The Washington Quaterly*, 5-17.
- Belyaeva, Nina, (1994), Legal framework for civil society in Russia: From right to associations to the charity law, Manuskript eines Vortrag in London.
- Bernhard, Michael (1993), The origins of democratization in Poland: workers, intellectuals, and oppositional politics, New York/Chichester.
- Bernhard, Michael (1996), Civil Society after the First Transition. Dilemmas of Post-communist Democratization in Poland and Beyond, in: *Communist and Post-Communist Studies*, 29.3, 309-330.
- Beyme, Klaus von (1994), Systemwechsel in Osteuropa, Frankfurt/Main.
- Bobbio, Norbert (1988), Gramsci and the concept of civil society, in: Keane (1988b), 73-99.
- Boni, Michał, Sierpień po sierpniach (Der August nach dem August), in: *Tygodnik Solidarność*, 25.8.1989.
- Bova, Russel (1993), Political Dynamics of the Post-Communist Transition - A Comparative Perspective, in: Fleron, Frederic J.; Hoffman, Erik P. (Hg.), *Post-Communist Studies and Political Science. Methodology and Empirical Theory in Sovietology*, Colorado.
- Cohen, Jean L.; Arato, Andrew (1992), *Civil Society and Political Theory*, Cambridge,Mass./London.
- Dahrendorf, Ralf (1991), Die gefährdete Civil Society, in: Michalski, 247-263.
- Dahrendorf, Ralf (1992), Moralität, Institutionen und die Bürgergesellschaft, in: *Merkur*, 46, 557-568.
- Diamond, Larry (1994), Toward Democratic Consolidation, in: *Journal of Democracy*, 5.3, 4-17.
- Diamond, Larry (1995), Keine Entwicklung ohne Demokratie, Interview, in: *International*, N° 4-5, 34-38.



- Dubiel, Helmut (1993), Reflexive Modernisierung, Zivilgesellschaft und die Transformation Mitteleuropas, in: Schäfer, Bernhard (Hg.), Lebensverhältnisse und soziale Konflikte im neuen Europa. Verhandlungen des 26. Deutschen Soziologentages in Düsseldorf 1992, Frankfurt/Main; New York, 166-173.
- Ely, John (1992), The Politics of "Civil Society" (Review), in: *Telos*, N° 93, 173-191.
- Ferguson Adam (1966), An Essay on the History of Civil Society, Edinburgh.
- Fetscher, Iring, Ein Korrektiv zum "guten Leben". Michael Walzers Konzept der Zivilgesellschaft, in: *Die Zeit*, 5.2.1993, 17.
- Fish, Steven M. (1994), Russia's Fourth Transition, in: *Journal of Democracy*, 5.3, 31-42.
- Frankenberg, Günter (1996), Die Verfassung der Republik. Autorität und Solidarität in der Zivilgesellschaft, Baden-Baden.
- Geremek, Bronislaw (1991), Die civil society gegen den Kommunismus: Polens Botschaft, in: Michalski, 264-273.
- Gordin, V.E. (1996), Nepribylnyj Sektor - Element novoj social'noj paradigmy, in: *Izvestija Sankt Peterburgskogo Universiteta Ekonomiki i Finansov*, 1, 57-67.
- Gormsen, Erdmann; Thimm, Andreas (Hg.), Zivilgesellschaft und Staat in der Dritten Welt, Mainz 1992.
- Grabowska, Mirosława (1995), Civil Society after 1989 - Rebirth or Decease?, in: Wnuk-Lipiński, Edmund (Hg.): *After Communism. A Multidisciplinary Approach to Radical Social Change*, Warsaw, 191-201.
- Habermas, Jürgen (1992), Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechtes und des demokratischen Rechtsstaates, Frankfurt/Main.
- Hahn, Jeffrey W. (1993), Continuity and Change in Russian Political Culture, in: *Fleron*, 299-330.
- Havel, Václav; Klaus, Václav (1996), Civil Society After Communism. Rival Visions. With commentary by Petr Pithart, in: *Journal of Democracy*, 7.1, 12-23.
- Hegel, Gottfried Friedrich Wilhelm (1986), Grundlinien der Philosophie des Rechts, Frankfurt/Main.
- Heins, Volker (1992), Ambivalenzen der Zivilgesellschaft, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 33.2, 235-242.
- Hirschfeld, Uwe; Mosbach, Doris; Rügemer, Werner (Hg.) (1990), Utopie und Zivilgesellschaft. Rekonstruktionen, Thesen und Informationen zu Antonio Gramsci, Berlin.
- Holzer, Jerzy (1985), Solidarität. Die Geschichte einer freien Gewerkschaft in Polen, München.
- Keane, John (1988), Despotism and Democracy. The Origins and Development of the Distinction between Civil Society and the State 1750-1850, in: ders.(1988b), 35-71.
- Keane, John (1988a), *Democracy and Civil Society*, London/New York.
- Keane, John (Hg.) (1988b), *Civil Society and the State. New European Perspectives*, London/New York.

Kebi, Sabine (1991), Gramsci's Zivilgesellschaft, Hamburg.

Klein, Ansgar (1991), Das Projekt der Zivilgesellschaft - Anmerkungen zur Renaissance der demokratischen Frage, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 4.1, 70-80.

Kößler, Reinhart; Melber, Henning (1993), Chancen internationaler Zivilgesellschaft, Frankfurt/Main.

Krazin, Jurij Andreevic (1992), Dolgij put' k demokratii i grazdanskomu obsestvu, in: *Polis - Politiceskie issledovanija*, 5-6, 97-105,

Krug, Wilhelm Traugott (1818), System der praktischen Philosophie. Bd.1, Wien.

Kudrjawzew, W.N. (1995), Die Entwicklung einer bürgerlichen Gesellschaft in Rußland, in: *Menschenrechte*, Heft März/Juni, S. 38-40.

Kurikalov, Ju.I; Markova, O.V. (1996), Orientiry stanovlenija grazdanskogo obsestva v Rossii, in: *Severnaja Pal'mira*, 2, 11-18.

Lauth, Hans-Joachim; Merkel, Wolfgang (1997), Zivilgesellschaft und Transformation. Ein Diskussionsbeitrag in revisionistischer Absicht, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 10.1, 12-34.

Lee, Kyu-Young (1994), Zivilgesellschaft als Ansatzpunkt für den Umbruch der sozialistischen Systeme in Osteuropa?: Das Beispiel Polen, Frankfurt/Main.

Lemke, Christiane (1997), Nachholende Mobilisierung, Demokratisierung und politischer Protest in postkommunistischen Gesellschaften, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 5/97, 29-37.

Lepekhn, Vladimir (1995), 'Interest' groups in Present Day Russia and their Role in the Political Process, in: Segbers; De Spiegelaire, Bd.III, 59-76.

Lipski, Jan Jozef (1985), KOR: A History of The Workers' Defense Committee in Poland 1976-1981, Berkely.

Mazowiecki, Tadeusz, Wierność (Treue), in: *Tygodnik Solidarność*, 2.6.1989.

Messner, Dirk (1996), Politik im Wandel. NGOs in der Irrelevanzfalle oder NGOisierung der (Welt-) Politik?, in: Stabsabteilung der Friedrich-Ebert-Stiftung/ Lang, Susanne (Hg.), Globale Trends und Internationale Zivilgesellschaft oder: Die NGOisierung der (Welt)Politik?, Bonn.

Michalski, Krzysztof (Hg.) (1991), Europa und die Civil Society, Stuttgart.

Michnik, Adam (1985), Letters from Prison and other Essays, Berkeley CA.

Ners, Krzysztof J.; Buxell Ingrid T. (1995), Assistance to Transition Survey 1995, Warsaw.

Ogrodziński, Piotr (1995), Four Models of Civil Society and the Transformation in East-Central Europe, in: Wnuk-Lipiński, Edmund (Hg.), After Communism. A Multidisciplinary Approach to Radical Social Change, Warsaw, 181-189.

O'Donnell, Guillermo; Schmitter Philippe C. (1986), Tentative Conclusions about Uncertain Democracies; in: O'Donnell, Guillermo; Schmitter Philippe C.; Whitehead, Laurence (Hg.): Transitions from Authoritarian Rule, Baltimore.

Paszyński, Alexander, Jubileuszowe impertynencje" (Unverschämtheiten zum Jubiläum), in: *Polityka*, 15 März 1997.

- Pustyncev, B.P. (1995), Pravozašitnye nepravitel'stvennye organizacii Sankt-Peterburga kak čať obšerossijskogo dviženija za stanovlenie graždanskogo obšestva: Osobennosti razvitija i perspektivy, in: Obzor dejatel'nosti, struktury i charakternykh osobennostij organizacij Sankt-Peterburga (nekotorye napravlenija), Sankt Petersburg 1995, S.31-38.
- Rau, Zbigniew (1987), Some Thoughts of Civil Society in Eastern Europe and the Lockean Contractarian Approach, in: *Political Studies*, 573-592.
- Riedel, Manfred (1979), Gesellschaft, bürgerliche, in: Brunner, Otto; Conze, Werner; Koselleck, Reinhard (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe 2*, Stuttgart, 719-800.
- Rödel, Ulrich ;Frankenberg, Günther; Dubiel, Helmut (1989), Die demokratische Frage, Frankfurt/Main.
- Rose, Richard (1994), Postcommunism and the Problem of Trust, in: *Journal of Democracy*, 5.3, 18-29.
- Rucht, Dieter (1996), Multinationale Bewegungsorganisationen. Bedeutung, Bedingungen, Perspektiven, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 9.2, 30-41.
- Rupnik, Jacques (1979), Dissent in Poland, 1968-78: the End of Revisionsism and the Rebirth of Civil Society in Poland, in: Rudolf Tökés (Hg.), *Opposition in Eastern Europe*, Oxford, 61-104.
- Ryszard, Andrzej (1996), Społeczeństwo, Państwo, Rynek (Gesellschaft, Staat, Markt), in: *Przegląd Polityczny*, NR 32, 48-49.
- Sandschneider, Eberhard (1995), Stabilität und Transformation politischer Systeme. Stand und Perspektiven der Transformationsforschung, Opladen.
- Schmalz-Bruns, Rainer (1992), Civil Society - ein postmodernes Kunstprodukt? Eine Antwort auf Volker Heins, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 33.2, 243-255.
- Schmitter, Philippe C. (1993), Some Propositions about Civil Society and the Consolidation of Democracy, in: Institut für Höhere Studien Wien (Hg.), *Reihe Politikwissenschaft*, Nr. 10, Wien, 1-14.
- Segbers, Klaus; De Spiegelaire, Stephan (Hg.) (1995), Post-Soviet Puzzles. Mapping the Political Economy of the Former Soviet Union, 4 Bde., Baden-Baden.
- Shell, Susan (1994), Conceptions of civil society, in: *Journal of Democracy*, 5.3, 124-128.
- Shils, Edward (1991), Was ist eine Civil Society?; in: Michalski, 13-51.
- Skilling, H.Gordon; Griffith, Franklyn (1971), Pressure Groups in der Sowjetunion, Wien.
- Smolar, Aleksander (1996): From Opposition to Atomization, in: *Journal of Democracy*, 7.1, 24-38.
- Sölter, Arpad (1993), Zivilgesellschaft als demokratietheoretisches Konzept, in: Link, Werner; Schütt-Wetschky, Eberhard; Schwan, Gesine (Hg.), *Jahrbuch für Politik*, 1993, 3.Jg., Halbband 1, 145-179.
- Staniszki, Jadwiga (1984), Poland's Self-limiting Revolution, New York.
- Sungurov, Aleksandr (1995), Graždanskoe obsestvo v Rossii: realii i vozmožnye perspektivy, in: *Severnaja Pal'mira*, 1, 5-14.
- Szabó, Miklós; Szacki, Jerzy; Kołakowski, Leszek; Linz, Juan (1990), (Wieder-)Aufbau der civil society, in: *Transit*, Heft 1, 127-130.

Szajiel, Tadeusz (1992), Jednostka wobec polityki w postkomunistycznej Polsce (Individuum und Politik im postkommunistischen Polen), in: Rostocki, Andrzej (Hg.), Instytucje i ludzie w czasach przemiany systemowej (Institutionen und Menschen in der Systemtransformation), Łódź, 48-60.

Tatur, Melanie (1989a), Solidarność als Modernisierungsbewegung. Sozialstruktur und Konflikt in Polen, Frankfurt/M..

Tatur, Melanie (1989b), Krisenparadigmen in der Sowjetunion und Polen, in: Rytlewski, Ralf (Hg.), Politik und Gesellschaft in sozialistischen Ländern, Opladen, 448-470.

Tatur, Melanie (1991), Zur Dialektik der "civil society" in Polen, in: Deppe, Rainer; Dubiel, Helmut; Rödel, Ulrich (Hg.), Demokratischer Umbruch in Osteuropa, Frankfurt/Main, 235-255.

Taylor, Charles (1991), Die Beschörung der Civil Society, in: Michalski, 52-81.

Tocqueville, Alexis de (1961), De la démocratie en Amérique, 2 Bde, Paris.

Weigle Marcia A.; Butterfield Jim (1992), Civil Society in Reforming Communist Regimes: The Logic of Emergence, in: *Comparative Politics*, 25, 1-24.

Wesołowski, Włodzimierz (1994), The Destruction and Construction of Interests under Systemic Change: A Theoretical Approach, in: *Polish Sociological Review*, 4, 273-294.